

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostschlesien . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 31. März 1932 Nummer 75

Der Gemeindearbeitertarif gekündigt

Lohnraub soll bei Gemeindearbeitern beginnen

36 Proz. Lohnabbau von Bauunternehmern gefordert! . 20 Proz. bei den Buchdruckern . Schwerindustrie führt Lohnkündigungen nach der Hindenburgwahl durch . SPD und ADGB wollen die Arbeiterschaft erst in die Hindenburgfront einreihen und dann den Lohnräubern unterwerfen . Organisiert den Kampf gegen Lohnraub — für Lohnerhöhung!

Dresden, 31. März 1932

Vor einigen Tagen meldeten die bürgerlichen Zeitungen in Verbindung mit dem Ablauf der Tarife am 30. April und der Kündigungsmöglichkeit am 1. März, daß kein weiterer Lohnabbau geplant sei. Der Reichsarbeitsminister Stegerwald schwang sich sogar zu der Erklärung auf, daß „eine erneute allgemeine Lohnherabsetzung nicht tragbar“ sei. Was von diesen Erklärungen zu halten ist, zeigen die Vorkämpfe des Unternehmertums die in den letzten Tagen zusammen wurden, um die Hungerlöhne der Arbeiterschaft auf einen noch tieferen Stand herabzudrücken. Nach der Tagung des Reichsverbandes der Industrie *und der Handelskammern* des Sächsischen Industriellen-Verbandes, deren Hauptforderung eine weitere allgemeine Herabsetzung der Löhne war, wollen die Bauunternehmer von Rheinland-Westfalen als erste Scharlmadergruppe einen Lohnraub bis zu 36 Prozent durchführen. Ebenso fordern die Bauunternehmer einen direkten und indirekten Lohnabbau von je 10 Prozent.

Nach ihnen haben jetzt auch die Gemeinden in fast allen Bezirken Deutschlands den Lohnraub gekündigt. Auch von den im Arbeitgeberverband Sächsischer Gemeinden zusammengeschlossenen Stadt- u. Landgemeinden wurden der Lohnraub und die Zuschlagvereinbarungen mit den Gemeindearbeitern und Straßenbahnern zum 30. April gekündigt, während der Manteltarif auf Grund der Notverordnung bis zum 1. April abläuft.

Es ist klar, daß hier von den Gemeinden aus der erste Vorstoß zur Durchführung des neuen Lohnraubs gemacht werden soll. Gerade die Gemeindearbeiter stellen eine verhältnismäßig starke Gruppe der Arbeiterschaft dar, die sich an wichtigen Punkten noch unter dem Einfluß der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und SPD befindet. Gestützt auf die SPD-Führer und die Gewerkschaftsbürokratie, mit den nationalsozialistischen Streikbrecherorganen im Hintergrund, hoffen die sächsischen Kommunalverwaltungen den Lohnraub an den Gemeindearbeitern durchzuführen. Damit soll gleichzeitig eine Breche für die Kaufpläne der anderen Unternehmergruppen geschlagen werden.

Wenn die bürgerlichen, einschließlich der sozialdemokratischen, Zeitungen melden, daß kein weiterer Lohnabbau erfolgen soll, so ist das weiter nichts als ein Schwimmlauder durch das die Arbeiter über die wirklichen Scharlmaderabsichten der Unternehmer hinweggeführt werden sollen. Das geht auch ganz klar aus einer Meldung der Schwerindustriellen „Bergwerkszeitung“ hervor, die unter der Überschrift: „Keine Kündigung des Lohnraubs für den Ruhrbergbau zum 1. April“ folgendes schreibt:

„Der auf Grund der Notverordnung getriggerte Lohnraub für den Ruhrbergbau ist erstmals am 1. April zu Ende des Monats Januar. Der Zechenverband wird von dieser Kündigungsmöglichkeit aber keinen Gebrauch machen. Aus diesem Verhalten wird man aber wohl keinesfalls den Schluß ziehen dürfen, daß der Ruhrbergbau weitere Lohnsenkungen zur Erleichterung seiner Selbstkostenlage nicht für erforderlich hält. Die Hinusschiebung der Kündigung erfolgte zweifellos deshalb, weil der Zechenverband den Monat April aus politischen Gründen zu demartigen Auseinandersetzungen nicht für geeignet hält. Der Ruhrbergbau wird sicherlich nicht verkennen, daß das Einkommen der Belegschaft durch die zahlreichen Steuererhöhungen und durch die neuen Steuern (Körperssteuer, Bürgersteuer) geschmälert wird. Das schadet aber nichts daran, daß die Schichtlöhne, gemessen am Lebenshaltungsniveau, auch heute noch überhöht sind. Da das Lohnabkommen nach dem 1. April mit monatlicher Frist gekündigt werden kann, bleibt abzuwarten, ob der Zechenverband nicht zum 1. Mai die Kündigung auspricht.“

Zu dieser Meldung schreibt das „Berl. Tagebl.“ ergänzend: „... von der Großindustrie ist mit Sicherheit anzunehmen, daß sie sich dem Vorgehen des Zechenverbandes anschließt. Aber auch in den sonstigen Industriezweigen wird man, wie das Reichsarbeitsministerium auf Grund einer einigermassen unvollständigen Information für alle Teile der deutschen Wirtschaft mitteilen kann, nur in Ausnahmefällen zu einer Kündigung schreiten.“

Damit hat die bürgerliche Presse ihr eigenes Schwimmlauder entlarvt. Wenn eine Kündigung der Lohnraube in einschließenden Industriezweigen nicht am 1. März oder 1. April erfolgt, dann nicht etwa deswegen, wie Herr Stegerwald sagte, daß „eine erneute allgemeine Herabsetzung nicht tragbar“ sei. Im Gegenteil. Das ganze Bestreben des Unternehmertums läuft gerade darauf hinaus, die nach Ansicht der Profitgötzen noch überhöhten Löhne so schnell wie möglich herabzusetzen. Das einzige Hindernis, das dies nicht überall sofort geschieht, sind die politischen Gründe, die in der Reichspräsidentenwahl, in dem ersten Volksentscheid in Sachsen, in der preussischen Landtagswahl und anderen Parteiparlamenwahl die vom 18. bis 24. April stattfinden werden. Gerade hier zeigt sich wieder das Zusammenhänge des Unternehmertums mit der SPD und der Gewerkschaftsbürokratie. Die SPD und die ADGB, die sich jetzt im

Kampfbild vor der Aufgabe die von ihr beeinflussten Arbeitermassen in die Hindenburgfront, in die Front des Faschismus, des Lohnraubs und des imperialistischen Krieges einzureihen. Diese Aufgabe würde der SPD und dem ADGB ungleich schwerer erschwern und fast unmöglich gemacht, wenn in demselben Kampfbild die Hauptmächte der Hindenburgfront von Krupp von Bohlen und Halbach, von Reich, Pulsberg und die anderen Führer der Schwerindustrie, die Lohnrauboffensiven durchführen würden. Deshalb der Beschluß des Zechenverbandes und der anderen Unternehmerverbände, die Tarifkündigung hinauszuschieben. Der SPD soll damit ihr Betrug an der Arbeiterschaft mit dem „kleineren Übel“ Hindenburgfront erleichtert werden, damit sie zusammen mit der Gewerkschaftsbürokratie nach der Reichspräsidentenwahl und den Parlamentswahlen um so besser das Unternehmertum bei der Durchführung seiner Lohnraubpläne unterstützen kann.

In dieser wechselseitigen Zusammenarbeit des profitgierigen Unternehmertums mit den SPD-Führern und der Gewerkschaftsbürokratie kann die Arbeiterschaft am besten erkennen, daß die gesamte Politik der SPD darauf hinausläuft in jeder Zeit und in jedem Fall das Proletariat den Ausbeuterinteressen der Bourgeoisie zu unterordnen. Die Politik des „kleineren Übels“, die von der SPD zum Betrug der Arbeiter angewandt wird, ist die Politik des größten Übels. Diese Politik bedeutet Verhinderung der Ausbeutung, des Hungers, der Not und des Elends. Diese Politik bedeutet Faschismus und imperialistischen Krieg.

Das müssen die Arbeiter erkennen und für ihren Kampf um Arbeit und Brot die notwendigen Schlüsse ziehen.

Jeder Vorstoß der Unternehmer, so wie er sich jetzt im Bauern- und in den Kommunen zeigt, muß sofort mit der Kampfrückung und Streikfreimachung der Betriebe beantwortet werden. In jedem Betrieb, auf dem Bau, in den Kommunalbetrieben, bei den Metallern, Textilern, in den Zigarettenfabriken, gilt es sofort in Belegschaftsversammlungen zu dem neuen dringenden Lohnraub Stellung zu nehmen, Lohnforderungen und andere betriebliche Kampfmaßnahmen anzustellen.

In jedem Betrieb ist es die Aufgabe aller Arbeiter, die rote Einheitsfront zu verteidigen und zu vertiefen und vorbereitende Kampfmaßnahmen als Führung der Lohnkämpfe zu schaffen. Das bedeutet aber auch gleichzeitig, daß sich die Arbeiter frei machen von dem Einfluß der Unternehmermacht, der SPD-Führer und den Gewerkschaftsbürokraten und die kommunistische Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsoptionsaktion als einzige Führung im Kampf um ihre Lebensinteressen anerkennen.

Nur die KPD und die NSD mobilisiert die Arbeiter zum Kampf gegen den neuen Lohnraub für Verbesserung der Existenzbedingungen der Arbeiterschaft und für Erhöhung der Löhne.

Nur die KPD und die NSD mobilisiert die Arbeiter zum Kampf gegen das Unternehmertum, die kapitalistische Klasse!

Folgt deshalb dem Ruf der KPD und NSD, Mobilisiert in jedem Betrieb zum Kampf. Schmeißt immer selber die rote Einheitsfront! Legt am 10. April zur Reichspräsidentenwahl ein Verbot für den proletarischen Klassenkampf ab, indem ihr eure Stimme dem roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann gebt. Folgt dem Ruf der KPD am 17. April zum roten Volksentscheid gegen die Schiedsregierung in Sachsen.

Wacht! betriebsweise zum Antikriegstag am 6. April auf und demonstriert eure Kampfbereitschaft gegen die Kapitalistatur und den neuen Lohnraub!

Für Arbeit und Brot, für Freiheit und Macht!
Für die Verteidigung der Sowjetunion und der chinesischen Revolution!
Für ein freies sozialistisches Deutschland!

Kriegstreiber und Rüstungsgewinnler fordern Verbot der KPD-Presse!

Jetzt erst recht macht eure revolutionäre Tagespresse zur Anlagetribüne gegen Kriegsproduktion und Kriegstransporte . Organisiert die Werbung für die Arbeiterstimme!

Hamburg, 30. März. (Eigener Bericht.)

Die heutige Morgenausgabe der Hamburger Nachrichten veröffentlicht einen Dekret, in dem die üblichen Maßnahmen gegen die kommunistische Presse verlangt werden. Der Artikel trägt die Überschrift: „Der tägliche kommunistische Landesverrat“ und stellt die Forderung an Brüning und Severing, die gesamte kommunistische Presse auf Grund ihrer Aufklärungsarbeit über die Vorbereitung des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion zu verbieten. So heißt in dem Artikel:

„Die politische und wirtschaftliche Spionage des Auslandes hat es jetzt außerordentlich bequem, erfolgreich zu arbeiten, denn ihre Agenten brauchen lediglich die kommunistischen Zeitungen und illustrierten Blätter zu handieren, um sofort die phantastischen Meldungen über angebliche deutsche Geheimereaktionen an ihre Auftraggeber versenden zu können. Darin offenbar ist die ungeheure Gefahr, die diese Arbeiterkorrespondenten für Deutschland, ganz abgesehen von der durch sie bewirkten Steigerung der Verheerung, bedeuten. Sollte nicht eine verantwortungsbewusste Regierung schnellstens Veranlassung nehmen, diesem landesverräterischen Treiben Einhalt zu gebieten?“

Die Hamburger Nachrichten stehen unter dem Einfluß der Großkapitalisten, die aus den Kriegslieferungen für die japanischen Imperialisten riesige Profite ziehen. Tausende

von Frauen und Kindern werden von den bestialischen japanischen Militaristen durch Artilleriebomben hingerichtet, die Bombardierung wird mit Krieg überzogen und der Angriff auf die Sowjetunion vorbereitet. Die deutschen Rüstungskapitalisten unterstützen diesen imperialistischen Krieg, sie ziehen ihre Profite von der kommunistischen Antikriegsarbeit bedroht. Unter dem Schwere, daß „angebliche deutsche Geheimereaktionen“ enthüllt werden, sollen die Unterdrückung der kommunistischen Presse verschärft und die Kriegslieferungen für den japanischen Imperialismus gestärkt werden. Die SPD-Führer helfen dabei den imperialistischen Kriegstreibern in jeder Hinsicht.

Indem wir der Arbeiterschaft den verschärften Unterdrückungsdruck gegen die kommunistische Presse signalisieren (in Severing-Preußen sind bereits neun kommunistische Tageszeitungen verboten), appellieren wir an alle Klassenbewußten Arbeiter, in jedem Betrieb die Aufrklärung über den imperialistischen Krieg zu verschärfen und

den Antikriegstag am 6. April mit allen Kräften vorzubereiten!

Es gilt, den Kampf gegen den imperialistischen Krieg entschlossener zu organisieren, es gilt, die kommunistische Presse, die einzige Presse, die dem werktätigen Volk die Wahrheit sagt und ihm den richtigen Weg zeigt, zu verteidigen!

mus!
den Fortschritt
Arbeiterliche Initiative
Geisig. Die Volk
Fähigkeitsplan, im
grandiose Behäl
Menchtigkeit an
die Arbeit mehr
Heraushebeln
nen neue Epilom
eten.
reißt. Durch
holenden Welt.
streiber,
auf zur
Bauern!
E
uen!
lau, kauft
von E.&V
hatt
erein
aren- und
e GmbH
Okt. 1929
dmitz
mitteilhaus
r. 84 6
begast
Wartmann
Jh in
des Orts-Rat
30. 03
serviert 87

Karpatho-Rußland hungert

Wiedwegen IZH. und NS. der Tschchoslowakei verboten wurden

Der Hunger wütet im Karpathenland. Ein beifender, magender Hunger, der in den Eingeweiden der Proleten kröh. Das Dorf Wolosjanka. Zwei Kräfte, die dieses Dorf beherrschen, berichten von ihren Einbrüchen folgendes: Wir kamen zu einer Frau, die am Tage zuvor geboren hatte. Sie gab uns vier Monate nichts anderes als Kartoffeln, meist ohne Salz, gefressen zu haben. Die Geduldshülle folgte 5 Kronen, bis zum 22. Die Frau hatte dieses Geld nicht, um die Geduldshülle zu bezahlen. Das Neugeborene, das lebende Kind, lag in schwache Tücher gehüllt in einem Kartoffelsack auf dem Boden. Dieser Hüfte gegenüber liegt ein schönes, modernes gebautes Haus vom roten Kreuz mit einer großen Tafel: „Hilfsstelle für Mütter und Kinder.“ Es interessiert uns, zu erfahren, worin eigentlich die Tätigkeit dieser Hilfsstelle besteht. Wir erfuhrten vom Arzt, daß er das Recht hat, jährlich Rezepte im Gesamtwert von 500 Kronen (82 Mark) auszuscheiden. Aus diesen Mitteln sollen in seinem Bezirk 1000 Kinder und 600 Mütter versorgt werden. Das macht pro Jahr und Kopf genau 4 Pf.

Wir besuchten dann eine andere Frau, deren Kind an akutem Darmstich leidet. Der Arzt hatte ihr ein Rezept (Opium) ausgeschrieben, aber sie hatte das Medikament nicht herstellen lassen, obwohl sie es gratis bekommen hätte. Auf die Frage, warum sie das Medikament nicht geholt hätte, erklärte sie: „Schauen Sie sich an, zu Hause kann ich darauf herumgehen, aber nach Berecna kann ich doch im Winter nicht darauf gehen. Man muß nämlich wissen, daß die nächste Apotheke in Berecna ist, in einer Entfernung von 20 Kilometern. Das macht hin und zurück 40 Kilometer. In der Nacht zu gehen, bedeutet aber nicht nur die Gefahr des Erfrierens, sondern auch die, von Wölfen angegriffen zu werden. Der Arzt vom roten Kreuz hat aber keine Hausapotheke; die würde etwa 10000 Kronen kosten, und die gibt das rote Kreuz nicht her. Die Station des roten Kreuzes kostet aber jährlich 20000 Kronen.“

Hungerdämmerung. In dem Dorfe Weresch holte ein Mann einen der Ärzte, die von der Arbeiterhilfe dorthin geschickt waren, zu seiner Frau. Der Arzt erzählt: „Nachdem es uns gelungen war, einige Klümpchen zu übermitteln, kamen wir in die Wohnung. Dort lag eine bis auf die Knochen abgemagerte Frau. Sie reagierte überhaupt nicht auf unsere Anrede und konnte nur vor sich hin. Auf Fragen, was ihr fehle, gab sie gar keine Antwort. Wir sagten, wir seien gekommen, um zu helfen. „Warum kommen Sie überhaupt zu mir“, erklärte jetzt die Frau, „was soll ich mit Medikamenten anfangen? Ich weiß, was mir fehlt, ich brauche keinen Arzt, seit 6 Monaten habe ich nichts anderes gegessen als Kartoffeln oder Krautblätter, ohne jeglichen Zusatz in Wasser gekocht. Ich kann das Zeug schon nicht mehr kochen, wenn ich mich zwinge, es zu essen, erdreche ich sofort. Ich brauche Milch und Brot. Und das werden Sie mir doch nicht geben.“ Wir gaben der Frau 20 Kronen; sie war wie verzaubert und fand keine Worte. „Ja, ist das möglich“, flüsterte sie. 20 Kronen (2,50 Mark) waren für sie eine enorme Summe. Der Mann verdient, falls er überhaupt Arbeit hat, 2 Kronen zum Wassertragen.“

Im gleichen Ort fanden wir einen Knaben, dessen Bauch schmerzhaft aufgetrieben war. Die Untersuchung ergab keinen Kontaktpunkt für eine Nieren- oder Herzkrankung, wohl aber, daß hier ein Fall von Hungerdämmerung (Schwämmen, Nierenanomalien bei Hunger und einseitiger Ernährung) vorlag. Es ist anzunehmen, daß es in diesem Dorf die ersten Fälle von Hungerdämmerung in Europa überhaupt gibt. Hungerdämmerung ist man bisher nur in Ostasien und auch da nur selten beobachtet. Dieses schreckliche Elend hat die Internationale Arbeiterhilfe verursacht. Ihre Warnrufe drangen ins Ohr des Weltproletariats, ja sogar bis in einzelne bürgerliche Blätter von Weltweit. Die Sammlungen der IZH. für die Hungerenden in Karpathenland gaben den fast verzweifelten neuen Komplexen, machten die Karpatho-Italien zu einem Zentrum revolutionären Kampfes. Die Forderung der Tschchoslowakei, die nicht inslande ist, dem Hungerenden Brot zu geben, ist mit Schrecken die wachsende Macht des Kommunismus. Darum verbietet die Organisationen der IZH. und der roten Hilfe, darum verbietet sie alle Sammlungen für das Hungerland.

Immer näher den Sowjetgrenzen

Japan plant Raub der Ostsibirischen Eisenbahn von Charkow bis Mandschurien — Riesige neue Truppentransporte — Alle Kräfte zum Antikriegstag am 6. April angepaunt! — Verhindert Munitionstransporte!

Tokio, 30. März. Nach bürgerlichen Berichten erklärte der japanische Kriegsminister Araki, die politische Lage in der Mandchurei sei gegenwärtig so gefährlich, daß von einer Abberufung der japanischen Truppen nicht die Rede sein könne. Die japanische Regierung habe beschlossen, die 8. Division neu nach der Mandchurei zu entsenden. Eisenbahntransporte von Soldaten und Munition sind untersagt. Das japanische Oberkommando in der Mandchurei hat in Tokio um die Erlaubnis nachgesucht, die chinesische Ostbahn von Charkow bis Mandschurien, der Endstation unmittelbar an der sibirischen Grenze, zu besetzen. Die ausländischen chinesischen Truppen haben bei Hongkong in der Nähe der chinesischen Ostbahn die japanischen Truppen heftig angegriffen. Die Japaner haben um militärische Hilfe aus Tschangtschun gebeten. Die neue Mandchureiregierung hat den Belagerungsstand über das gesamte mandchurische Gebiet verhängt, was sich die Russen durch die Bewegung immer mehr ausbreitet.

Die gesamte Mandchurei wird in ein Heerlager verwandelt. Schon treffen die Pläne für die Konfession nach der Mandchurei. Immer näher den Sowjetgrenzen stehen die japanischen Bataillone.

Kämpfe mit aller Kraft gegen die Kriegsverbrecher! Ray der Parteivorstand des Weltproletariats kann den rührerischen Imperialismus zurück schlagen. Jede Munitionslieferung für Japan oder die Sowjetlande an den Westgrenzen ist ein Verbrechen gegenüber der Weltarbeiterschaft. Bereitete Streiks gegen Munitionsherstellung und -transport vom 6. April, der Antikriegstag des deutschen Proletariats, muß im Zeichen großer Aktionen gegen die Kriegsverbrecher stehen.

Antikriegstag am 6. April

Wählt Delegierte nach der Sowjetunion!

Am 6. April marschieren die Arbeiterklasse in ganz Deutschland unter Führung der revolutionären Organisationen in Kundgebungen und Demonstrationen zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg und für die Verteidigung der Sowjetunion.

In diesem Tage gilt es, durch Tausende von Verlesungen und Kundgebungen, durch Tausende von Beschlüssen allen Gegnern der Sowjetunion, allen offenen Kriegsverbrechern und feigen Vagabunden, von denen man jetzt nichts hört und hört, zu zeigen, daß die Arbeiterklasse auf dem Felde steht. In diesem Tage gilt es, auch insbesondere durch das demonstrative Auftreten in allen Betrieben und Orten die breiten Massen des arbeitenden Volkes aufzurufen, die dem Ernst der Lage noch nicht erkannt haben.

Anschließend in allen Großbetrieben der existierenden Industriezweige müssen Delegiertenversammlungen durchgeführt werden, in denen konkret zum Kampf gegen die Kriegsverbrecher Stellung genommen wird. Keinen Handgriff und keinen Hammer Schlag für Kriegproduktion und Kriegstransporte.

In dieser Situation ist die Entsendung von Delegierten aus den Großbetrieben der existierenden Industriezweige nach der Sowjetunion mehr denn je eine Mahnung zur Mobilisierung der arbeitenden Massen für die Verteidigung der Sowjetunion. Gerade in Verbindung mit dem

Eine mächtige Welle des Proleten gegen die Verbote der Hungerregierung überflutet die Tschchoslowakei. Das Weltproletariat muß sie aufs härteste unterstützen.

In Oberösterreich nahm die am 25. März tagende Gesamtsitzung der IZH. eine Protestaktion an und wandte sich aufs härteste gegen diese Terrormaßnahmen.

Die IZH. stellt sich ebenfalls eine Entschloßung gegen das Verbot der tschechischen IZH. und NS. an und fordert sofortige Aufhebung.

Der Reichsverband der deutschen Sektion der IZH. fordert folgendes Protesttelegramm an die tschechische Sowjetunion:

„Im Namen von 2 Millionen Einzel- und Kollektivmitgliedern der IZH. deutsche Sektion, erheben wir härtesten Protest gegen das Verbot der IZH. Tschchoslowakei und fordern sofortige Aufhebung des Verbots. Reichsverband der IZH.: H. Goldschmidt, Ernst Oberdörfer, W. v. L.“

Antikriegstag gilt es, in den Großbetrieben die Wahl der Delegierten zum 1. Mai zur Durchführung zu bringen, soweit das noch nicht geschehen ist. Überall muß in den Betriebsversammlungen zur Wahldelegation nach der Sowjetunion Stellung genommen werden.

Konkurrenz in allen diesen Fragen erteilt der Bund der Freunde der Sowjetunion, Berlin NW 7, Dorststr. 77-78, Telefon: Westruf 5765.

Vor neuem Hafenarbeiterstreik in London

London, 30. März. Nachdem erst vor einigen Wochen ein Hafenarbeiterstreik beigelegt worden ist, stehen die Hafenarbeiter in London vor einem Streik. Die Unternehmer haben nämlich jetzt den Hafenarbeitern zum 11. April angekündigt und wollen sie zu einem weit geringeren Lohn weiterbeschäftigen.

Reformistische Gewerkschaft für Lohnsenkung

Newport, 30. März. Die Eisenbahngewerkschaft hat sich mit der Gehaltsenkung für 20 000 Eisenbahnangestellte um 10 Prozent einverstanden erklärt. Die Eisenbahnunternehmer wollen hierdurch 2 Millionen Dollar Gehalt einsparen.

Turati gestorben

Paris, 30. März. Hier starb in der Nacht zum Mittwoch der ehemalige Führer der Sozialistischen Partei Italiens, Filippo Turati, im Alter von 75 Jahren. Turati war von 1895 bis 1926 italienischer Abgeordneter und machte 1926 aus politischen Gründen Italien verlassen. Mehrere Jahre leitete er das sozialistische Organ „Avanti!“. Seit 1926 lebte er in Paris, wo er für verschiedene linksgerichtete Blätter schrieb.

Der französische Senat hat mit 271 gegen 19 Stimmen das Finanzgesetz verabschiedet und damit den Haushalt für 1932 in erster Lesung beendet. Die Kammer wird nunmehr die zweite Lesung beginnen.

Die schwedische Reichsbank erleidet schwere Verluste, da sie an den kurzfristigen Krediten stark beteiligt war, und ist nicht in der Lage, den Konjunktur zu retten.

Ein Enau Kukur

Sowjets an der Grenze Indiens und Chinas

Konraden - Serie
aus der Sowjetrepublik Tschchoslowakei

(1. Fortsetzung)
Graue Farbe: Den Tschachman nimmt man nicht ab, während du hinter einem Gitter, durch das du die Welt schauen kannst, und durch das die Welt dich schwarz sieht, in einer kugelförmigen Kiste, die nur dein Gebieter öffnen darf.
Kote Farbe: Ein Brückenkopf. Hier ist das dampfende Gehirn der Menschheit vorgetrieben, ein Brückenkopf der neuen Zeit ist der Frauenklub von Tschachman. Wenn man einige Stunden in der Beratungsstelle dieses mächtigen Neubaus zubringt, dann sieht man schauernd den wahren Orient.
Graue Farbe: Ein Kind kommt herein, heißt den Schreier.
„Wie alt bist du?“
„Nur zwei Jahre.“
„Was willst du?“
„Ich — ich habe vor neun Wochen — — geheiratet. Und ich möchte — möchte weg von meinem Mann.“
„Wer hat dich verheiratet?“
„Meine Mutter. Sie ist sehr arm, und hat für mich ein großes Kalb bekommen.“
„Wenig hat er bezahlt?“
„Sechzehn Hammel.“
„Wie alt ist er?“
„Das weiß ich nicht. Seine Gattin ist älter als ich.“
„Er hat also außer dir noch eine Frau?“
„Nein. Er hatte drei Frauen, sie sind alle tot.“
„Was ist er von Beruf?“
„Händler. Er ist Alkoholik.“ (Erst, dem die Bürgerrechte abgenommen sind.)
„Warum willst du von ihm los?“

„Ich bin ein Jahr in die Schule gegangen und möchte weiterlernen oder wenigstens lesen. Das erlaubt er nicht. Ich hatte einmal Buch, er hat es verbrannt und mich geschlagen. Ich habe einmal gelacht, daß ich den Schüler ablegen will. Darauf hat er gebrüllt, er wird mich töten, wenn ich so etwas auch noch sage. Er läßt mich nicht ausgehen. Ich kann aber nicht den ganzen Tag auf der Straße sitzen und mit dem Halsband spielen. Heute bin ich weggerannt.“
Kote Farbe: „Gut. Du kannst vorläufig hierbleiben.“
„Aber — ich bekomme ein Kind.“
„Der Arzt wird dich untersuchen, vielleicht kann er dir helfen.“
„Wird meine Mutter die ledigen Hammel zurückgeben müssen?“
„Nein. Wir werden ein Protokoll aufnehmen und schicken es ans Gericht.“
Graue Farbe: Zwei Frauen treten ein, jede mit einem Kind, das kleinste hat Beinchen und Händchen verbrannt, es ist eben im Ambulatorium unten im Haus behandelt worden. Die beiden entsetzten sich nicht, sprachen durcheinander. Man schickte sie eine hinaus. Aus den Worten der Zurückbleibenden acht hervor:
„Wir sind Frauen des gleichen Mannes. Er ist 75 Jahre alt, Alkoholik. Ich bin die jüngere, er gibt mich ihr vor und mein Kind dem ihren. Aus Eifersucht hat er mein Kind an den Wänden gehängt. Ich habe mich bei unserem Mann beschwert, und er hat sie geschlagen, bis sie zusammenbrach. Nicht Tage mußte ich sie pflegen.“

Kote Farbe: ... dann haben wir beschlossen, beide von ihm fortzugehen. Aber wir wissen nicht, wovon wir leben werden. Kannst du uns einen Rat geben?“
„Wollt ihr gleich hierbleiben?“
„Nein. Heute gehen wir noch nach Hause.“
„Gut. Wir werden eine Anzeige machen. Für die Kinder muß er auf jeden Fall sorgen.“
„Da wird er doch erfahren, daß wir angeheiratet haben?“
„Nein. Ihr müßt nur die Wahrheit sagen, wenn das Gericht euch einermittelt.“

Graue Farbe: In der Konfession kommen Mistfische von Tschachman früher die Prostitution. Auch heute sind noch manche die Arbeit beschämender als den mit vor-

hültem Antlitz ausgeübten Mäntelung. Gemächlich hat es die älteren Frauen im Harem ihres Gatten, er gibt ihnen und ihren Kindern kein Geld mehr, so daß sie zwischen Nationaltheater und Zirkus auf den Strich gehen, während er im Teehaus sitzt.

Kote Farbe: Ein Nachtbühlpenal, drei Woywoden, drei Ambulatorien arbeiten in der Nähe des Parks, die Woywoden sind aufgehoben, an ihrer Stelle sind Arbeitsstellen eingerichtet, darin die Prostituierten arbeiten müssen, bis sie lesen, schreiben und eine Arbeit erlernt haben.

Graue Farbe: Im ehemaligen Souveniergeschäft Turfellen waren die Frauen ausnahmslos Analphabeten.

Kote Farbe: Noch immer läßt die Durchführung der allgemeinen Schulpflicht für Mädchen auf Bitte der Eltern; den Mädchen Schulen müssen Lehrerinnen zugewiesen werden, die Knabenkinder darf nicht im gleichen Hause sein. Mädchen besuchen Frauen auch schon Mittelschulen. — vor dem Krieg und es hier überhaupt keine den Hochschullehrern unabhängige Mittelschule. Im Frauenklub werden drei Tageskurse und drei Abendkurse zur Rivalisierung des Analphabetentums abgehalten. Die Knabenkinder, durchwegs unethische, tabakische oder feige Mädchen, haben wie alle Klubs und Betriebe verschiedene Zirkel: Sport, Theater, Musik und Landesverteidigung. Der Zirkel der Gottlosen nennt sich hier „Naturwissenschaftlicher Kurs“, und was leicht dort Biologie und Vögelkunde. Man wagt nicht aus dem Spiel fallend. Eine Fülle der natürlichen Sportfälle antwortet im Klubgebäude, verheiratete Frauen legen erpartes Geld auf ihren Namen ein —, auch ein großer Schritt zur Befreiung aus der Sklaverei. (In Tschachman hat keine verheiratete Frau ohne Zustimmung ihres Mannes ein Bankkonto eröffnet.)

Graue Farbe: Ein Museum im Wartezimmer gibt den Müttern Volkshausunterricht über Säuglingspflege. An Bildern und Exponaten wird die Schönheit der bisherigen Methode gezeigt. Das Koberkabin, in einer mit weißen Tüchern verhängten Wiege, dem „Bald“, ist abgebaut, kommt während seines ersten Lebensjahres nur beim Wechsel der Wäsche aus diesem klobigen Kerker heraus. Die Mutter hängt sich über die Wiege, um das Kind zu stillen. Wenn es Wippen macht, so läuft das Wasser zwischen zwei schief liegenden Miniaturmatten in ein Töpfchen unter der Wiege.

Rotes Städtespiel Dresden-Berlin

5. Mai, Ilgenkampfbahn. Vorher Wettkämpfe der Leichtathleten



Teigwaren... ein Genuss...

Lebensmittel von hohem Nähr- und Sättigungswert, die bevorzugt zu werden verdienen

Makkaroni
 1/2-Pfund-Paket 0.30
 1/2-Pfund-Paket 0.60
 Hörnchen, lose, Pfund 0.60
 In 1/2-Pfd.-Paket 0.32
 Eier, lose, Pfd 0.60 u. 0.50

Eier, 1/2-Pfund-Paket 0.38
 1/2-Pfund-Paket 0.76
 Hartgrieß Pfund 0.42

Teigraupen
 lose Pfund 0.48
 1/2-Pfund-Paket 0.28

Eier, lose Pfund 0.66
 1/2-Pfund-Paket 0.38

Nudeln
 Eierchleifen, lose, Pfd. 0.72
 1/2-Pfund-Paket 0.44
 Eier-Schnitt, lose
 Pfund 0.60 u. 0.48

Eier-Schnitt
 1/2-Pfund-Paket 0.38
 1/2-Pfund-Paket 0.76

Eier-Kräuselfaden
 1/2-Pfund-Paket 0.40
 Eier-Faden in Locken,
 lose, Pfund 0.68
 Eier-Figuren Pfund 0.60
 Figuren, lose, Pfund 0.48

Faden, lose Pfund 0.52
 1/2-Pfund-Paket 0.30

Spaghetti
 1/2-Pfund-Paket 0.34
 Eier-, 1/2-Pfund-Paket 0.38



Russ. gefr. Hühner Pfund nur 75 Pf.

VORWÄRTS

Rundfunk

Berlin
 6.30: Sonntag, Konzert 11.15-12.30: Südwestfunk 14.00-14.30: Sendeplatzkonzert 15.30: Konzert aus Leipzig 19.15: Interkontinental 20.15: 'Kochbuch', Oper 21.00: 'Das Meier Gärben', Liedklub 22.30: Wetter, Brief, Sport, Tanz, Musik, Spiel
 Königsplatz, Kehlau
 6.25: Wetterbericht 6.30: Sonntag, Konzert 9.30-10.30: Sendeplatzkonzert 10.30: Nachrichten 12.00: Wetter, Spiel: Schachpartienkonzert 13.30: Nachrichten 14.00: Konzert aus Berlin 16.30: Konzert aus Hamburg 19.00: English 19.30: Konzert aus Wien, Wetter über Berlin
 Leipzig
 6.30: Sonntag, Konzert 12.00: Konzert 17.00: Konzert 19.30: Deutsch 19.00: Nachrichten, Spiel 20.00: Konzert 20.30: Großes Sinfonie-Orch. 22.15: Nachrichten, Spiel bis 23.00: Tanzmusik
 Siehe Wochenplan
 Moskau

Kuchen-Krahmer bringt zum Schulanfang

Ostertüten-Teegebäck, 1 Pfd. 0.50 und 1 M. 14 Sorten feinen frischen Kaffee-Kuchen Stück 6 und 8 Pf. Als Geschenke erfreute eine kleine Torte Stück 75 Pf. od. eine Eiche 75 Pf.

- Meine Filialen sind:
- 1 Webergasse 1 (am Altmarkt)
 - 2 Wallstraße 21
 - 3 Wallstraße 5 (am Postplatz)
 - 4 Amalienstraße 15 (neben Ehape)
 - 5 Hauptstraße 26
 - 6 Schandauer Straße 59 (gegenüber der Ica)
 - 7 Alaunstraße 2 (am Albertplatz)
 - 8 Kesselsdorfer Straße, Ecke Poststraße
 - 9 Striesener Straße 16
 - 10 Leipziger Straße 160 (am Micktener Straßenbahnhof)
 - 11 Annenstraße 27

Liga für Mutterschutz (Fund für bew. Geburtenregelung) e. V., Ortsgruppe Prella
 Mitgliederversammlungen: Jeden 2. Freitag (Alte Post) Jeden 2. Dienstag (Beckers Gasth. Wurgwitz) Jeden 3. Dienstag (Bürger-Casino) Prella-Potschappel, Berlin 19 Uhr
 Sonntags, 2. April im Gasthof „Goldener Löwe“ Wiederholung der Theater-Aufführung **Liebe in Not**
 Ein Spiel aus dem Leben in 3 Aufzügen von R. & O. Hoffmann Einmal 18.30, Anfang 19.30 Uhr, Eintritt incl. Steuer M. 0.50, Erwerbloses M. 0.10. Nach der Theater-Aufführung ein Täuschen

der fleisch- u. wurstladen von dem man spricht **dresdner fleischhallen**
 ● Amalien- Ecke Serrestraße ●
 Beste Qualitäten zu niedrigsten Preisen ● Eigene Fabrikation ● Eigener Fleisch- und Wurstfabrik-Großbetrieb

Der „Rote Wähler“ ist deine Zeitung

Herren- und Knaben-Kleidung, Herrenartikel
 Tuchlager ● Feinste Maßschneiderei
 Berufs- und Sportkleidung eigener Anfertigung
Emil Hohlfeldt, Dresden-N. 6
 Hauptstr., Ecke Dreikönigskirche u. Ritterstr. 2-4
Besucht die proletarische Bücherstube
 Dresden-A. Rosenstraße 76

Bei uns Kaffee- und Tee-Werbetage
 Um unsere Spezial-Kaffee-Mischungen mehr einzuführen, verblöden wir sie ab dem 6. April 1932 beim Einkauf von
 1/2 Pfund Kaffee in den Preislagen von RM 1.36 an oder 1/4 Pfund Tee in sämtlichen Preislagen
1 Milchtopf
 und 6% Rückvergütung in Marken — kaufen Sie nur Qualitäts-Kaffee, diese sind im Verbrauch am billigsten — — — — — Unsere Schaufenster zeigen Ihnen dies
THAMS & GARFS
 Kesselsdorfer Straße 16 Telefon 22771
 Pillnitzer Straße 46 Telefon 27757
 Webergasse 3
 Schöfersaße 10 Telefon 15516

H Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Ostsachsen H

Heidenau Groß-Schuhreparatur / Edwin Frisch, Martin-Luther-Straße 8 Solide Arbeit, niedrigste Preise. Verwendung von Ia Material	Meißen Lebensmittelhandlung Emil Seifert, Grotzschgasse 13 Meistens Obstbäckerei ermöglicht keine Ersatzstoffe — Herrschaftlicher nachgeben Bäckerei Max Krantz, Tollstraße 10 Reichhaltiges Lager aller Backwaren Reparaturen schnell, sauber, billig Auf Wunsch Leihbackhaus Sächsischer Jäger, Raubentelstraße Vereinszimmer — Garten Hauswirtschaftliche — Otto Montag Ausfachmann Weber & Reibel, Martin-Str. 11 (Hofgeb.) Rückend in all. Auslieferung Anna Heller, Burgstraße 13 Altk. u. Kolonialwaren, Btl. Seemannstraße Seefisch- und Delikatessen-Geschäft Reserviert Wettinstraße 30	Freiberg Trinkt das gute Riebeck-Bier! Milchhof Freiberg Fahrräder Nähmaschinen Wägenmaschinen Spielwaren WINTER Erbischestraße 93 Reserviert Kämpf gegen Faschismus! Reserviert Reinhardtsgrimma Willy Vogler Lebensmittel- und Fahrradhandlung Reserviert John Luschmeitz Bäckerei Reserviert
Pirna Kurt Wagner , H. Fleisch- und Wurstwaren zu niedrigen Tagespreisen Niedersedlitz-Luga Wilma Juhl — Wollereiprodukte Butter — Lieferung nach allen Stadtteilen Rathmannsdorf Kurt Schütz, Rathmannsdorf, Plan Kuchenteile 200-Beutelung 1940 Wendischbühre Gerlach & Göttsch Versandprodukte und Kolben 19407	Schandau Clemens Junghans, Markt 18 Damen, Herren und Kinder-Konfektion Wäsche- und Wollwaren Manufaktur- u. Konfektionswaren Arthur Römer Lebensmittel, Spec. Sauerk. Wurstwaren Aris Seitz, Hindenburgstraße 154 Altes-Fröhen, Kesselsdorfer-Straße 248 Kolben, Herren- und Konfektionswaren Emil Müller Kolonialwaren, Einfuhrhandlung der Arbeiter — Kirchstraße Nr. 26 Farben-Hering Zaukenstraße 107b	Brand-Erbisdorf Hermann Schüb, Markt 17 Kolonialwaren Brot, Weiß- und Feinbäckerei Oster Schönn, Großschmiedestraße 40 Kolonialwaren und Delikatessen Fritz Lange, Hauptstraße 18 Lebensmittel Bruno Liebner Dorfstraße 7c



Krieg im Osten!

Scharen von Männern, Frauen und Kindern kämpfen verzweifelt im Schlamm, um dem Tode zu entgehen. Kinder auf den Armen der Mütter schreien auf, wenn Bomben explodieren und im weiten Umkreis die Erde erschüttern.

Zehntausende chinesischer Flüchtlinge

suchen sich vor den Bomben der Flugzeuge zu retten.

Mord

an tausenden chinesischen Soldaten, die standrechtlich erschossen werden.

Die Kapitalisten liefern Granaten

Für sie bedeutet das Massenmorden ein glänzendes Geschäft. Die Rüstungsaktien steigen an den Börsen.

Bombenflugzeuge, Kanonen, Maschinengewehre werden in allen kapitalistischen Ländern hergestellt.

Auf deutschen Eisenbahnen

rollen Munition, Granaten und Giftgeschosse aus der Tschechoslowakei nach Hamburg.

Der Kriegüberfall auf die Sowjetunion wird vorbereitet in Moskau wurde auf den deutschen Botschafter ein Attentat verübt, um Rußland in den imperialistischen Raubkrieg zu verwickeln, der der einzige Ausweg aus der kapitalistischen Krise ist.

Der Nebel vom Völkerbund verfliegen!

Er hat die Aufgabe der Durchführung des blutigen Raubzuges gegen das chinesische Volk und gegen das Land des sozialistischen Aufbaues übernommen.

Schützt die Sowjetunion und Sowjetchina!

Arbeiter in Stadt und Land, in Fabrik und Schacht! Reicht euch ein in die rote Front und schützt das Land der Arbeiter und Bauern. Darum demonstriert am 6. April gegen das imperialistische Völkermorden, gegen die kriegstreibenden Kapitalisten, gegen Hunger und Not! Rüstet zum Endkampf für Arbeit, Freiheit und Brot!

„Davon kann kein Mensch leben...“

3,70 Mark pro Woche zum Leben

Auch ein Stück „kleineres Uebel“ der sozialdemokratischen Führer. Arbeiter, macht Schluss, reißt euch ein in die rote Klassenfront. Alles für den roten Arbeiterkandidaten!

„Es ist unmöglich, auch mit dem besten Willen unter diesen quatschenden und menschenunwürdigen Zuständen weiterzuleben.“

So lautet der Inhalt eines Briefes, den ein Wohlfahrtsvereinsleiter in seiner höchsten Not der kommunalistischen Stadtverordnetenfraktion übermittelte. Mit seiner Frau gemeinsam wohnt er in einem leeren Zimmer, das sie als Untermieter innehaben, einen gemeinsamen Haushalt. Sie erhält 6,00 Mark pro Woche, er 6,70 Mark. Von dieser Unterstützung gehen 24 Mark Miete inklusive Licht pro Monat ab. Danach verbleibt pro Person zum Leben 3,70 Mark pro Woche. Wörtlich schreibt der Betroffenen mit Recht dazu:

„Davon kann kein Mensch leben, damit muß man direkt verhungern.“

In dem Notschrei heißt es dann weiter:

„In dieser schmerzlichen Stunde rufe ich Sie, meine Herren Stadtverordneten, im Interesse aller Wohlfahrtsvereinsmitglieder dringend auf zur Hilfe und erwarte, daß man für uns mit allen Mitteln zur Verringerung der furchtbaren und unerträglichen Not sofort eintritt und Wege findet, uns eine Unterstützung zu gewähren, die uns wenigstens das nackte Leben erhält.“

So kann es nicht mehr weitergehen.

Ich bitte dieses Geshch dem gesamten Stadtverordnetenrat um Übermittlung und spreche hiermit im voraus herzlichsten Dank aus. Diesen Rat ersucht in schmerzlicher Not H. S.“

Dieser Notschrei zeigt, weshalb in Dresden Tausende den Gehobten aufbrechen und zum Strich greifen. So richtig in diesem Notschrei die Lage der Erwerbslosen geschildert wird, so ist das Vertrauen, das der in höchster Not bedrängte Wohlfahrts-

Alles für den roten Kandidaten! Rüstet zum roten Volksentscheid!

erwerbslose heute noch dem Parlament entgegenbringt, durch dieses begründet. Gerade dieses Parlament ist es ja, das gegen die Stimmen der Kommunisten die Abbaupläne eines Rüst- und Wäcker bedingungslos mitgemacht und unterstützt hat. Von diesen Parlamenten haben die Wohlfahrtsvereinsleiter nichts als wahren Hunger, nichts als Elend, nichts als neuen Abbau zu erwarten. Eine Besserung kann nur auf dem Wege, den die kommunistische Partei den Werktätigen schon seit Jahren zeigt, nämlich auf dem Wege des außerparlamentarischen Kampfes erzwungen werden. Den besten Beweis dafür liefert Sowjetrußland. Alle Werktätigen zeigen ihre Kampfbereitschaft durch die breite Massenmobilisation aller Werktätigen für die rote Einheitsfront!

Bauer, aufgepaßt!

Hier gibt's Abreibung!

Halt du bei der letzten Wahl für Hitler gestimmt? Glaubt du, daß der und keine Partei etwas gegen die Notverordnungen, gegen die Versailles Tribute, gegen den Reichswucher usw., unternehmen wird?

„Ich werde keineswegs...“

Am Vorabend zur Reichspräsidentenwahl erklärte Hitler dem Vertreter der amerikanischen Presse, Knickerbocker, sein Regierungsprogramm:

„Ich werde keineswegs sofort alle Notverordnungen der Regierung Bücking rückgängig machen. Und ich werde ebenso wenig sofort verkünden, daß nun der Versailles Vertrag zurückgenommen werde. Die Notverordnungen sowohl wie der Versailles-

Hausbesitzer als „Fürsorgeempfänger“

Gibt es einen Mietausgleich für hilfsbedürftige Mieter? Gegen die Liebesgabenpolitik an Hausbesitzer als Werttätige Mieter, reißt euch ein in die rote Klassenfront unter Führung der KPD, laßt die Arbeiterstimme

Wir befehlen uns bereits mit den Forderungen, die ab 1. 4. auf dem Gebiete der Mietpolitik zugunsten der Hausbesitzer mit der steten Notverordnung durchgeführt werden. Einmal erfolgt ein dreiprozentiger Abbau der Mietzinssteuer, das andere Mal sind die Hausbesitzer in der Lage, die Mietzinssteuer relativ abzulösen. Wir zeigen daran, daß diese Maßnahmen eine Miet-erhöhung für alle diejenigen werttätigen Mieter bedeutet, die arbeitslos sind oder deren Einkommen unter der steuerpflichtigen Grenze liegt. Im Sächsischen Gesetzblatt vom 23. März hat nunmehr die Reichsregierung weitere Bestimmungen zur Ablösung der Aufwertungssteuer erlassen.

Zum ersten erhalten die Hausbesitzer mitgeteilt, daß sie bei der Gesamtanhebung nur den Betrag abzulösen brauchen, der nach der Senkung um 20 Prozent ab 1. April noch zu zahlen wäre. Zum zweiten ermäßigt sich dieser Betrag noch in denjenigen Grundstücken, die nach § 15 Absatz 3 des Mietzinssteuergesetzes ausschließlich oder überwiegend vom Eigentümer zu gewerblichen Zwecken benutzt werden, um die Inhaberkontingenzumlage.

Zum dritten werden diejenigen Hausbesitzer, die bisher eine Ablösung noch nicht vorgenommen haben, nochmals auf die besonderen Vergünstigungen hingewiesen und verschiedene Lebensformen gestreut. Unter anderem wird gesagt, daß zahlreiche Hauseigentümer bisher dem Gedanken einer Mietzinssteuerablösung deswegen nicht nähergetreten seien, weil sie Mietzinssteuerleuten mietausgleichsbereit Mieter befürchteten. Es wird gesagt: „Der abführende Hausbesitzer erhält unter allen Umständen den vollen Mietzinsbetrag.“ Der für die Mieter wichtige Abzug legt ist, daß die Mietzinssteuer, um die heute Mieter einen Grundstücksbesitzer sind, dem Hauseigentümer durch die Bezirksfürsorgeverbände erstattet werden muß.

Die bürgerliche Presse hat den Wert dieser Bestimmungen sofort erkannt. Klar und deutlich geht daraus hervor, daß auch diese Verordnung nur den Hausbesitzern zugute kommt. Für die Hausbesitzer bedeutet, was wir sehr richtig voraussetzten, die ganze Notverordnung und die dazu erlassenen Bestimmungen ein ungeheures Geschenk. Sie erhalten jetzt in den Fällen, wo es sich um mietausgleichsbereite Mieter handelt, die Mietzinssteuer

aus den Taschen der übrigen Steuerzahler gestohlen. Der Mieter aber ist zahlungspflichtig, gleichviel, ob betreibt oder nicht. Wer mit der kommunistischen Partei gegen diese Politik zu kämpfen gewillt ist, der stimmt am 10. April für den roten Kandidaten Ernst Thälmann und beteiligt sich am roten Volksentscheid zur Aufhebung des Sächsischen Landtages!

Schwerer Straßenbahn-Zusammenstoß

Ein Schwerverletzter, vier Leichtverletzte — Straßenbahnfahrer trifft keine Schuld

Heute morgen kurz vor 8 Uhr ereignete sich an der Kreuzung Johannis- und Moritzstraße ein schwerer Straßenbahnzusammenstoß zwischen den Linien 20 und 13. Der Unfall geschah in dem Augenblick, als die Linie 20, vom Pirnaischen Platz kommend, die Kreuzung Moritzstraße passierte. Die Linie 13 fuhr in die gleiche Richtung. Die Ursache des Unfalls ist das vollkommene Versagen der Bremsen. Selbst die Unfallkommission gibt zu, daß der Fahrer der Linie 13 keine Schuld trifft. Der Fahrgastwagen der Linie 20 und der Vorderperson der Linie 13 sind vollkommen zertrümmert. Die meisten Verletzungen sind durch die Gasplättchen entstanden. Sofortige Hilfe durch in der Nähe wohnende Mergie wurde geleistet. Sieben Minuten nach dem Unfall trat der Kleinwagen der Feuerwehr ein.

Dieser erneute Straßenbahnzusammenstoß ist eine Folge der Nationalisierungsmaßnahmen der Straßenbahn-AG und des unverantwortlichen Personalabbaus in den Werkstätten und im Fahrdienst. Da die Bremsen des Motorsignals der Linie 13 vollkommen versagt haben, ist erwiesen, daß nicht die mäßige Halberstadt auf diese Schutzvorrichtungen verwendet wird. Durch die unethische Sparpolitik der Straßenbahndirektion wurden in der letzten Zeit Hunderte von Werkstättenarbeitern entlassen. Lohn- und Gehaltsabbau bei dem Fahrpersonal sind an der Tagesordnung. Die gesamte Verkehrssicherheit muß sich gegen diese Sparpolitik und die kapitalistischen Nationalisierungsmaßnahmen bei der Straßenbahn-AG wenden und die Sicherheit der öffentlichen Verkehrsmittel fordern, um erneute derartige schwere Unfälle zu verhindern.

Eine wichtige Entscheidung

Drei Dresdner Genossen wurden beschuldigt, am Sonntag, dem 8. November 1931, in Dresden auf der Gartenheilmallee vorzüglich verbotsmäßig von Haus zu Haus ohne vorherige Bestellung kommunistische Zeitschriften selbsterbunden und verkauft zu haben, ohne die zum Freiliegen und Verkaufen an Sonn- und Feiertagen erforderliche behördliche Genehmigung zu besitzen; Vergehen nach §§ 55a, 144a Abs. 1 Gew.-Ordn.

Am 10. März hat nun das Amtsgericht über die Einsprüche, die die vier Genossen gegen den Strafbefehl eingelegt hatten, verhandelt. Die Genossen machten geltend, daß eine Reihe grundsätzlicher Urteile bestünde, nach denen der Verkauf von Zeitschriften an Kapitalismassen für eine Organisation nicht strafbar sei, sofern der Verkäufer selbst keinen Erfolg aus dem Verkauf habe. Auch sei in diesem Falle keinerlei polizeiliche Genehmigung notwendig. (Urteil des Berliner Kammergerichts vom 2. April 1928.) Dieser Umstand des Verkaufs zugunsten einer Organisation schalte auch den Begriff der Gewerbetätigkeit aus, wie eine grundsätzliche Entscheidung des sächsischen Oberlandesgerichts vom 15. Juni 1927 beweise.

Das Gericht hob nach kurzer Beratung die Strafbefehle auf und sprach die angeklagten Genossen vollkommen frei. Jeder Genosse, der sich an der Hausagitation seiner Zelle beteiligt, sollte sich diesen Bericht auszeichnen und für künftige Fälle aufbewahren, da nicht damit zu rechnen ist, daß jeder Polizeibeamte über die Rechtslage informiert ist.

Vertrag haben Teilchen geschlossen, die man nicht einfach dadurch ändern kann, daß man die Notverordnungen aufhebt und den Vertrag zerlegt. Die Notverordnungen werden dann rückgängig gemacht, wenn wir etwas geschafft haben, was an ihre Stelle treten kann, und der Verfaller Vertrag wird dann erlöst, wenn aus einer neuen Konferenz an seiner Stelle ein anderer Vertrag abgeschlossen wird.“

Proletarischer Abend

bei Watzkes, Leipziger Straße, zugunsten des Arbeiterheims. Alle Genossen und Angehörigen der Partei und Massenorganisationen gehen am Sonnabend, dem 2. April, zum Proletarischen Abend. Mitwirkung der Roten Raketten. Anfang 19 Uhr. Eintritt 20 Pfennig. Heimkommission.

Die Pelzschieberungen beim Polizeipräsidium

Pelzwarenfabrikant Richter läßt Zehntausende für nichtgelieferte Pelze verschwinden. Regierungskommission Schaale und Inspektor Schüge wegen Verletzung angeklagt. Für Pelzgehörnte Vergünstigungen

Am Mittwoch begann vor dem Dresdner Gemeinlichen Schöffengericht ein voraussichtlich drei Tage dauernder Prozeß gegen den am 15. Juli 1891 geborenen Dresdner Pelzwarenfabrikanten Fritz Richter und zwei Beamte des Polizeipräsidiums Dresden, den am 30. September 1886 geborenen Regierungskommissionar Georg Schaale und den am 18. Januar 1881 geborenen Oberverwaltungsinspektor Karl Schüge, von denen Richter und Schaale unter der Anklage der Untreue, des Betrugs und der sittenwidrigen, passiven Verletzung, Schüge unter der Anklage der passiven Verletzung stehen. Es handelt sich um den Verletzungsfakt bei der ehemaligen sächsischen Staatspolizeiverwaltung.

Richter ist, wie die Verhandlung ergibt, mit der Staatspolizeiverwaltung 1926 in Verbindung getreten. Er soll zunächst einen Auftrag auf Lieferung von 1250 Pelzen für Angehörige der Staatspolizei erhalten haben. Zum Einkauf der Pelze erhielt er vorbehaltlich späterer Abrechnung in den Jahren 1926/27 nach dem Eröffnungsbescheid insgesamt 116 400 Mark als Voranschlag. Er soll aber nur 54 000 Mark verausgabt und den Restbetrag nicht zurückgegeben haben.

Insgesamt soll er bei dieser Lieferung 61 700 Mark unterschlagen haben.

Dem Regierungskommissionar Schaale wird Vergünstigung für Richter zur Last gelegt. Weiter soll er verächtlich die Unrechtfertigen Richter unterstützen und dafür Geschenke erhalten haben. Schüge soll ebenfalls Geschenke, unter anderem einen Sportpelz und einen Pelzmantel, erhalten haben. (Der Prozeß geht weiter.)

Kinderleiche auf einem Schuttblabep

In Heidenau wurde am 28. März auf einem Schuttblabep ein neugeborenes Kind (männlich) tot aufgefunden. Die Leiche war in einem braunen Bogen Papier, zwei Zeitungen (Dresdner Neueste Nachrichten vom 19. 3. 32 und Dresdner Anzeiger vom 30. 3. 31) und einem rotgefärbten Kopftuch eingepackt.

Während der Osterfeiertage

wurde in eine Wandbanklung, Frauenstraße, eingeschoben. Die Täter drangen von der Schöbergstraße aus durch ein offenes Oberlichtfenster in den Laden ein und sprengten die Kontrollkassette und eine Geldkassette auf. Geldbörsen wurden etwas 600 M. Bargeld.

In demselben Grundstück wurde noch ein Schaufalen eingeschoben, wobei den Dieben eine Damenarmbanduhr (Platinin

mit Ripoband) und mehrere Herrenstaschen und -armbanduhren und einige Nickeluhren (Fingerringe) in die Hände fielen. Bei einem Einbruch in ein Verkaufshäuschen, Keider Straße, erlangten die Täter größere Mengen Zigarren, Zigaretten, Tabak, Schinken, Wurst, Kaffee, Wein und Butter mit dem Sachhabe „A. P.“

In den Stadtteilen Lößnitz und Cotta wurden mehrere Einbrüche in Kleinhändlergeschäften ausgeführt, wobei es die Täter hauptsächlich auf Bargeld abgesehen hatten. In einem Falle jedoch wurden für etwa 100 Mark Kleid- und Wurstwaren gestohlen.

Diebstahl in einer Sternwarte

In der letzten Zeit wurden aus der Sternwarte, Hofmannstraße, gestohlen: 1 ca. 60 Zentimeter langes Suchrohr mit Objektiv und Okular, 1 Okular (Nr. 2 ges.) vom Objektivrohr und 2 andere Okulare (Nr. 3 und 4 ges.) vom Hauptrohr.

Sie wollten Auto fahren

Kraftwagen diebstahl entwendeten in der Nacht zum 28. März am Terrassenufer einen Personenkraftwagen. Der ausgeplünderte Wagen wurde später wieder aufgefunden. Es fehlen u. a.: 1 beigeleibener Sommermantel, 1 braune Aktentasche und Lederhandschuhe.

Von der Straßenbahn überfahren

Gestern vormittag wurde in der Nähe des Albertplatzes ein 55 Jahre alter Mann von einem stadtwärts fahrenden Straßenbahnzug überfahren. Er wurde von dem Wagen nach vorn geschleudert und lag dabei heftig mit dem Kopf auf das Straßenpflaster auf. In schwerem Zustand wurde er unter dem Wagen herangezogen. Nach den Feststellungen der Unfallkommission scheint der unvorsichtige Passant selbst schuld zu sein.

Der richtige Weg zur Erlangung schöner weißer Zähne

unter gleichzeitiger Entfernung des lässlich gefärbten Zahnbewußtes. In folgendem: Drücken Sie einen Strang Chlorodont-Zahnpaste auf die trockene Zahnoberfläche (Spezialbürste mit gepoltem Borstensaum), drücken Sie die Paste mit dem Finger auf, und lassen Sie sie mit Chlorodont-Mundwasser unter Vorsicht gründlich nach. Der Erfolg wird Sie überraschen! Der wirksame Zahnbügel in verborgener und ein herrliches Gefühl der Frische nicht nur. Käufen Sie sich vor minderwertigen, billigen Nachahmungen und verlangen Sie ausdrücklich Chlorodont-Zahnpaste. Unter-Werkzeugpreis.

Um 50 Jahre zurückgeworfen

Drohender Verlust der Sozialversicherungsrechte Erwerbsloser. Gegen Sozialreaktion, Unterfütterungs- und Rentenabbau schließt die rote Einheitsfront unter Führung der KPD. Laß die Arbeiterstimme!

Zu dem ungeheuerlichen Abbauplan in der Arbeitslosenversicherung gehört, daß die Arbeitsämter nicht mehr verpflichtet sein sollen, die zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft notwendigen Beiträge zur Invaliden- und Altersrentenversicherung für die Arbeitslosen zu entrichten und mit der Einführung einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung auch die Krankenversicherung für die Arbeitslosen einzustellen.

Schon jetzt bedarf der Zustand, daß das Millionenheer der ausgebeuteten Arbeitslosen keine fassenärztliche Versorgung mehr erhält und auf den Wohlfahrtsrat angewiesen ist. Die Leistungen der Krankenkassen sind durch den ungeheuerlichen Abbau so gesunken, daß man kaum noch von einer Versorgung sprechen kann. Die monatliche ärztliche Versorgung aber ist noch jämmerlicher. Sie wird nach dem „Sparprogramm“ des Städtetages und nach den Anweisungen des preussischen Wohlfahrtsministers auf das äußerste Maß eingeschränkt. Dazu kommt, daß die „Wohlfahrts“-leistungen rückzahlungsspflichtig sind.

Wenn jetzt diese „wohlfahrtsärztliche Versorgung“ für 7 Millionen Erwerbslose eingeführt werden soll, so wird damit für ein Drittel der Arbeiterkassen die Krankenversicherung überhaupt beseitigt. Das bedeutet Rückentwicklung der Sozialgesetzgebung um 50 Jahre.

Was tritt aber ein, wenn die Beiträge zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft in der Invaliden- und Altersrentenversicherung nicht mehr von den Arbeitsämtern gezahlt werden?

In der Invalidenversicherung muß der Versicherte mindestens 20 Beiträge in zwei Jahren entrichten, sonst gehen alle Ansprüche auf frühere Beitragsleistungen verloren.

Der Arbeitslose müßte also von seiner geringen Wohlfahrtsunterstützung noch diese Beiträge à 60 Pfennig bezahlen, um zu verhindern, daß unter Umständen seine Ansprüche aus jahrzehntelanger Beitragszahlung verlorengehen. Dazu kommt aber auch noch, daß durch die Verordnung vom 9. Dezember ein Wiederansehen aller Ansprüche durch die Verlängerung der Wartezeit 20 Beitragswochen, früher 100, ist. Sind weniger als 200 Pflichtbeiträge (bisher 100) geleistet, so tritt eine Wartezeit von 300 Beitragswochen, beim Bezug der Altersrente sogar von 750 Beitragswochen, also 15 Jahre, ein. Der Arbeitslose, der während jahrelanger Arbeitslosigkeit seine Invalidenversicherung hat verfallen lassen, kann das Wiederansehen seiner alten Ansprüche nur erreichen im Alter bis zu 40 Jahren, wenn er von neuem die Wartezeit erfüllt hat; ist er über 40 Jahre alt, wenn er vorher bereits 10 Jahre Beiträge gezahlt hat und nachdem wieder 500, also neue 10 Jahre Beiträge nachweisen kann. Ist er über 60 Jahre alt, so lebt keine Anwartschaft nur wieder auf, wenn er vorher mindestens 1000 Beiträge, also 20 Jahre Beiträge nachweisen kann und die neue Wartezeit erfüllt hat. Außerdem gilt allgemein, daß die Anwartschaft auch wieder auflebt, wenn von jedem Eintritt der Versicherungspflicht an bis zum Eintritt der Invalidität die gesamte Beitragszeit einschließlich anrechnungsfähiger Zeiten, Krankheit, Militärdienst in drei Viertel voll gedeckt ist.

In der Inflationszeit hat bereits eine große Zahl Arbeitsloser durch diese Bestimmungen ihre früheren Rechte verloren. In der Angestelltenversicherung hat man unter Berücksichtigung der Verhältnisse der Inflationsjahre alle früheren Ansprüche bis zum Jahre 1925 als aufrechterhalten anerkannt, auch wenn die Anwartschaften verloren waren. In der Invalidenversicherung aber nicht!

In der Angestelltenversicherung bestehen also bis zum 1. 1. 1926 alle Anwartschaften. Von da ab muß aber jeder Angestellte in den ersten zehn Kalenderjahren seiner Versicherung mindestens 8 Monatsbeiträge jährlich, dann 4 Beiträge entrichten; fehlen Beiträge, kann er sie innerhalb von zwei Jahren entrichten. Erhält seine Anwartschaft endgültig, so kann sie erst wieder aufleben, wenn er eine neue Beschäftigung aufnimmt oder selbst

Beiträge bezahlt für 24 Monate, vorausgesetzt, wenn er vorher bereits seine Wartezeit erfüllt hatte; wenn das nicht der Fall war, 48 Beitragsmonate. Die Wartezeit selbst beträgt nach der neuen Verordnung 60 Beitragsmonate, sind weniger als 60 Pflichtbeiträge bezahlt, 120 Beitragsmonate; beim Ruhegeld ebenfalls wie bei der Invalidenversicherung 180 Monate, also 15 Jahre.

Die kommunistische Fraktion hatte bereits bei früheren Verhandlungen die Beseitigung der Anwartschaftsverpflichtungen überaus verlangt. Müller vom KDSB erklärte damals im

Nottschrei der Dresdner Schuhmacher

Proletkammerung der Schuhmachermesser

Am Mittwoch, dem 30. März, fand in den Annenböden eine von nahezu 400 Personen besuchte Proletkammerung der Dresdner Schuhmachermesser statt. Als Anlaß diente der im Stadtverordnetenkollegium abgelehnte Antrag Kungisch, der vom Fürsorgeamt die Vergabe von 80 Prozent Schuhreparaturen forderte und um den schon ein ganzes Jahr ein „Kampf“ geführt wurde.

Bei der Eröffnung der Versammlung entschuldigte sich in lehrerlicher Form ein Mitglied des Vorstandes und nahm seinen Freund und Obermeister Stadtverordneten Kungisch in Schutz. Darauf bekam der Obermeister Angermann das Wort zu seinem Referat. Das Referat war eine einzige Schimpfkanonade, die er mit rabulischen Phrasen umfütterte. Er verließ sich gegen das „System“, um es in dem nächsten Jahr wieder anzuerkennen. Nicht ein einziger Schuhmacher erkannte die Halbbreit der neu

Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages; doch habe Verhandlung mit solchen Vertretern rechnen müsse, da die Sozialpolitik sich nicht halten könnte, wenn jeder Arbeiter, jeder Handwerker Müller hätte es also für ganz richtig, wenn Arbeiter um ihre teuer erworbenen Rechte gebracht werden.

Diesem Standpunkt einer kapitalistischen privatrechtlichen Versicherungsgesellschaft will jetzt die Regierung in wohl größerem Umfang zur Geltung kommen lassen. Durch die Wollwollversicherung der Arbeitslosen soll die Sanierung des Sozialversicherungssystems erleichtert werden.

Das ist das System der Brüning, Genzel und Müller, das System des Kapitalismus. Das System gegen die Arbeiter, die Arbeiter!

Rechtliche, wehrt euch! Kampf unter Führung der KPD bereitwillig durch die Wahl des roten Kandidaten und Bestätigung am roten Volkstisch.



eingeleiteten Aktion. Man beantragte die Kommission, erneut zum Oberbürgermeister Dr. Kütz zu gehen, um ihn erneut um Austritte anzuheben. Ein ebenso periphrastisches Experiment ist auch die unangenehme Entlassung, die zu nichts verpflichtete. Der amtierende Referent betrat Obermeister Kaffer das Rednerpult, der nach rabulischen Tönen vom Stapel ließ und aufforderte, das System, wessen wurde nie gesagt, zu kürzen, aber nur durch den

Stimmzettel, Stadtnotordner Dr. Best von der KPD zu seine Ausführungen vom Blatt ab und bückte um die Stimmen der Handwerksmeister. Die Genossin Ganssager, die in der Diskussion sprach, wies ihnen ebenfalls ihre halbtägige Unterneuerung nach. Doch ihnen die 80 Prozent der Reparaturen vom Fürsorgeamt nichts nützen werden. Wenn alle Arbeiter Arbeit und Brot haben, dann hat auch der Handwerker seinen Verdienst. Das ist aber nur durch Kampf in der roten Einheitsfront möglich, in der auch sie sich einzusetzen haben, wenn sie in ihre Existenz kämpfen wollen. Von dieser Weisheit wollen allerdings einige Schuhmachermesser nichts wissen. Der Obermeister Schürzer hielt das Schlußwort und alle gingen in ungeschlossenen wie sie gekommen waren, wieder heim.

Wir rufen ihnen aber zu: Nicht mit dem Stimmzettel, sondern es euch besser gehen, sondern nur der gemeinsame Kampf aller Ausgebeuteten und Unterdrückten, Seite an Seite mit den revolutionären Arbeitern in den Fabriken und auf den Straßen in Stadt und Land, wird Arbeit und Brot bringen. Nur das Geschwäh vom neuen System von Müller und Heugens, sondern ein festes sozialistisches Deutschland wird einem jeden ein menschenwürdiges Dasein garantieren.

Berftätige berichten

„Einwandfreies“ Essen aus dem Altbrot (Arbeiterkorrespondenz 443)

Am Dienstag, dem 22. März, mußte ich für meine Familie auf Veranlassung des Fürsorgeamtes Flecken, im Altbrot, Wobben, Bernerstraße, Essen holen. Ich habe das Essen nicht dort geholt, weil mir vom Amt erklärt wurde, das Essen in Altbrot sei besser gefeilt, weil im Volkswohl das Essen kostenlos sei. Ich war dazu gezwungen, weil meine fünf Kinder im Alter von 1 bis 10 Jahren schon tagelang kein warmes Essen bekommen hatten.

Wir mußten die Fleckstellung machen, daß das Essen angeblich vor und meine Kinder 1 Stunde nach dem Essen erhalten durch Erbrechen und Durchfall. Das Fürsorgeamt habe ich nicht richtig auf, aber den Kindern könne man das Essen nicht geben, da hätte ich was anderes kochen sollen für die Kinder. Das Essen bestand aus Kartoffeln, Weizenkeime und lauren Gerstendörren mit Zucker. Das Essen habe ich der Wohlfahrtsbehörde in Unternehmung gegeben, das Ergebnis war „einwandfrei“.

Ich war darüber nicht überrascht. Aber ich weiß nur, was ich von der christlichen Wohlfahrtskommission zu halten habe.

Darum rufe ich besonders den Frauen zu: Nicht laßt euch „einwandfreies“ Essenportionen christlicher Nächstenliebe küssen zu helfen, sondern nur der gemeinsame Kampf mit anderen Männen für ein sozialistisches Deutschland!

„Ich werde Ihnen beibringen...“

Von einem Arbeiter wird uns berichtet: (Arbeiterkorrespondenz 444)

Am 28. März, 20.15 Uhr, hielten sich am Goßener Platz einige junge Arbeiter auf, die sich dort barlos bis zum Freitag trübten. Da erschien ein Schuhmann, von dem behauptet wird, daß er Mitglied der KPD ist, und forderte die jungen Leute auf, sich zu entfernen, sonst würde er von der Gewalt Gebrauch machen. Als darüber geredet wurde und man ihn darauf aufmerksam machte, daß man doch noch das Recht habe, sich auf der Straße zu unterhalten, ließ er plötzlich einen Arbeiter zur Wache geführt haben. Auf dem Wege zur Wache soll er folgende Worte gesprochen haben: „Ich werde Ihnen beibringen, was neuen Vorstellungen zu gehören.“ Zur Klärung der Angelegenheit schickte ein Sipo in Zivil mit einem Handkettenschild.

Berftätige von Trösch, merkt euch das, laßt euch nicht kammern in der roten Einheitsfront!

Die Mietzinssteuer nach dem 1. April

Die Höhe der Mietzinssteuer für die nach dem Aufwertungssteuergesetz Bestelung erfolgen kann, ändern sich ab 1. April wie folgt:

Bei unbelasteten Grundstücken 11,2 Prozent
Bei einer Belastung bis 10 v. H. = 12,2 Prozent
bis 20 v. H. = 13,2 Prozent
bis 30 v. H. = 14,2 Prozent
bis 40 v. H. = 15,2 Prozent
bis 50 v. H. = 16,2 Prozent

Das sind die Höhe der Mietzinssteuer, die nach dem 1. April 1926 prozentigen Senkung der Mietzinssteuer ab 1. April 1926. Die Mieter selbst unter Anwendung der Aufwertungssteuergesetze, wie es dies in der Nummer 70 vom 28. März im 1. Teil erläuterten.

Capitol

Was ein Kraftfahrer und solche, die es werden wollen, mit dem Motor, der Zündung und dem Vergaser wissen müssen, zeigt die sehr instruktive Vorträge, die am Sonntag, dem 8. April, 11 Uhr im Capitol, Prager Straße, vorgeführt wird. Dieser Vortrag zeigt uns die komplizierten Vorgänge beim Verbrennungsprozess unter raffiniertester Anwendung aller Kräfte, die der Kraftfahrer unter technischer zur Verfügung stehen, hat man hier die Kenntnisse (Schauungsmittel) geschaffen, das auch dem abstrakten Kenner den Verlauf einer knappen Zeit eine drartig eingehende Kenntnis und Anschauung über die Tätigkeit der lebenswichtigen Teile des Kraftwagenmotors vermittelt, wie es das gezeichnete Bild selbst unter Anwendung von Zeichnungen und Anschauungsmitteln niemals vermag. — Die Vorträge kann jeder hören, der sich für das Auto interessiert, nur empfohlen werden.

Zeitabreit

Am Donnerstag, dem 31. März, 20 Uhr, findet im Saal der Kulturkreise, Winkelmanntstraße 7, ein Abend der Zeitabreit statt.

Gemeindeparlament gegen Erwerbslose

Nur der außerparlamentarische Kampf in roter Einheitsfront erzwingt Existenzsicherung aller Arbeiter

(Arbeiterkorrespondenz 441)

Oberober. Am Mittwoch, dem 23. März, fand die dritte öffentliche Gemeindeparlamentarische Sitzung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Bürgermeister Ufer zwei Erklärungen ab, mit denen er zwei in der Gemeinde verbreitete Gerüchte Hartstellen wollte. So handelte sich um Erhöhung der Hundsteuer und um den Prozeß der Kammermühle. Der Prozeß ist beim Landgericht zugunsten der Gemeinde entschieden worden. Auf Einspruch hin findet ein weiterer Termin am 14. Mai vor dem Oberlandesgericht statt. Daraus trat Gemeindeordnungsreferent Schöbe die Spar- und Girokassenberichte vor, aus denen zu entnehmen war, daß die Abhebungen die Einnahmen stets überschreiten. Bürgermeister Ufer gab anschließend einen Bericht über die Erwerbslosigkeit der Gemeinde und ihre Auswirkung. Er führte aus, daß seit 1926 die Zahl der Erwerbslosen niemals unter 30 Prozent der Bevölkerung betrug. Zur Zeit hat die Gemeinde 450 Unterfütterungsempfänger, dazu kommen noch die Leute, die keine regelmäßige Unterfütterung erhalten und ungefähr 100 Leute, die überhaupt keine bekommen. Außerdem hat die Gemeinde 650 Kranten- und Arbeitslosenunterstützungsempfänger. Ein Fünftel der Gemeindevollversammlung sind arbeitslos. Ufer erklärte, durch Eingänge der geringen Steuern sei die Gemeinde nicht imstande, selbst den ärmsten Leuten zu helfen. Besonders bedauerte er, daß die Biersteuer gekürzt wird, aber sein Wort über die Reichen, die so gut wie keine Steuern bezahlen. Genosse Jehrmann führte aus, daß die Not noch trüber ist und meinte, daß mit Abschaffung der Not niemanden geholfen wird und verlangt vom Staat durchgreifende Maßnahmen. SPD-Mitler meinte, er hätte von der Gemeinde gesprochen, die Gemeinde sei aber die unterste Zelle des Staates. Genosse Schmidt stellte fest, daß keine Fraktion ein Wort für die Fragen der Erwerbslosen übrig hat. Punkt 3, Zustimmung zum Bauungsplan für eine Erwerbslosenbildung, wurde von der KPD abgelehnt. (Mit 11 gegen 4 Stimmen der Kommunisten angenommen.) Zu Punkt 4, Vorbereitung der Staatsberatungen, soll der Stellenausbau vorgehen. Punkt 5 und 6 Ergänzung des Beschlusses vom 19. 10. 1925, die Ruhegeldordnung für Dauerangestellte betreffend und Nachtrag zur Ruhegeldordnung, wurde von der KPD abgelehnt. Punkt 7, Gründe an der Welterkrankung, die Mittel wurden bewilligt. Die öffentliche Tagesordnung war hiermit erledigt. Der Genosse Jehrmann stellte den Antrag, den Punkt 2 der nichtöffentlichen Sitzung in die öffentliche Sitzung zu verlegen, dem wurde entsprochen. Er betraf die Teufelsmühle, bei der die Dachkonstruktion zu schwach ausgeführt wurde. Der ausführende Baumeister Frank hatte nichts gemerkt, daß es nicht stimmt. Der Schaden soll so schnell wie möglich behoben werden.

Berichtlebungstaktik des Arbeitsamtes

(Arbeiterkorrespondenz 420)

Von einem Erwerbslosen wird uns mitgeteilt: Ich war seit dem 18. Februar in Dresden. Da ich in Freiberg wohnhaft war, mußte ich auf den Lederweltungsantrag des dortigen Arbeitsamtes warten. Am 16. März erklärte mich der Spruchauschuss des Dresdner Arbeitsamtes für wahländig. Trotzdem ich nun bereits die sechste Woche kumpeln gehe, sind meine Äußerungen vom Arbeitsamt Freiberg noch nicht überlesen. Auf mehrfache Anfragen beim Dresdner Arbeitsamt, meine Sache

doch zu erledigen, da ich doch in den sechs Wochen durchläßlich verhandeln muß, wurde mir erklärt, es müßte alles seinen Gang gehen. Auch das Fürsorgeamt lehnte für mich jede Unterfütterung ab und bewilligte für mich und meine zwei Kinder Sachkarten für die Ausfahrt nach Freiberg.

Erst am 21. März 1932 erhielt ich vom Arbeitsamt Freiberg eine Karte, auf der mir mitgeteilt wird, daß nun endlich meine Äußerungen überlesen sind.

Es ist bezeichnend für die Methoden der Arbeitsämter, daß sie einem Erwerbslosen die ihm rechtlich zustehende Unterfütterung sechs Wochen vorenthalten. Von was der Erwerbslose in dieser Zeit leben soll, haben sie ihm natürlich nicht gesagt. Betteln ist bekanntlich verboten, also bleibt dem Erwerbslosen nichts weiter übrig als zu verhungern, trotzdem er gesetzlich Berechtigung auf Erwerbslosenunterstützung hat.

Alle Kommunisten auf Posten

zum Kampf gegen den neuen Weltkrieg für die Mobilisierung zur Verteidigung der Sowjetunion. Eins unserer besten Agitationsmittel ist die Massenbrotschüre:

„Krieg in China, Intervention, Weltkrieg“

Diese Jehupennia-Broschüre ist mit vielen Bildern in Kupferstichdruck ausgestattet und bei allen Vitoblicenten zu haben.

Der Kämpferinnen-Vertrieb im UB Leipzig an der Spitze!

Die Kampfbildung der werktätigen Frau ist die Kämpferin. Sie gehört in jedes proletarische Haus, in jeden Betrieb, auf jede Stempelstelle. Für die Kämpferin muß gewonnen werden, um tausende Arbeiterinnen und proletarische Frauen in die rote Kampffront einzureihen und sie für die rote Arbeiterfront zu gewinnen.

In der Kämpferin spiegelt sich das Leben der Arbeiterinnen in den Betrieben wider, hier werden die Ausbeutungsmethoden der Unternehmer gebrandmarkt und die Kämpfe der Arbeiterinnen und proletarischen Frauen, wie der erwerbslosen Frauen geschildert, der Ausweg aus Not, Elend und Unterdrückung gezeigt. Darum muß in jedem Unterbezirk eine Massenpropaganda und ein Massenbetrieb für die Kämpferin durchgeführt werden.

Unterbezirk Leipzig steht mit 2000 Exemplaren an der Spitze! Dieses Ergebnis ist gut, muß aber noch gesteigert werden! Wo bleiben die anderen Unterbezirke? Sie dürfen dem UB Leipzig nicht nachsehen!

Vorwärts, Sturm auf die Frauenbetriebe! Macht sie zu roten Burgen!

Die Kämpferin in jeden Betrieb, auf jede Stempelstelle, in jeden Wohnblock.

Die Kämpferin erscheint täglich und kostet 10 Pfennig. Sie ist reich illustriert und gut ausgestattet.

Die

Genosse W. Ipr... die Kap... zwangsläufig... wahl... die... Die... gegen... Die... gegen... Die... gegen...

Genosse W. Ipr... die Kap... zwangsläufig... wahl... die... Die... gegen... Die... gegen... Die... gegen...

Genosse W. Ipr... die Kap... zwangsläufig... wahl... die... Die... gegen... Die... gegen... Die... gegen...

Genosse W. Ipr... die Kap... zwangsläufig... wahl... die... Die... gegen... Die... gegen... Die... gegen...

Genosse W. Ipr... die Kap... zwangsläufig... wahl... die... Die... gegen... Die... gegen... Die... gegen...

Genosse W. Ipr... die Kap... zwangsläufig... wahl... die... Die... gegen... Die... gegen... Die... gegen...

Genosse W. Ipr... die Kap... zwangsläufig... wahl... die... Die... gegen... Die... gegen... Die... gegen...

Genosse W. Ipr... die Kap... zwangsläufig... wahl... die... Die... gegen... Die... gegen... Die... gegen...

Genosse W. Ipr... die Kap... zwangsläufig... wahl... die... Die... gegen... Die... gegen... Die... gegen...

Genosse W. Ipr... die Kap... zwangsläufig... wahl... die... Die... gegen... Die... gegen... Die... gegen...

Genosse W. Ipr... die Kap... zwangsläufig... wahl... die... Die... gegen... Die... gegen... Die... gegen...

Genosse W. Ipr... die Kap... zwangsläufig... wahl... die... Die... gegen... Die... gegen... Die... gegen...

Genosse W. Ipr... die Kap... zwangsläufig... wahl... die... Die... gegen... Die... gegen... Die... gegen...

Genosse W. Ipr... die Kap... zwangsläufig... wahl... die... Die... gegen... Die... gegen... Die... gegen...

Genosse W. Ipr... die Kap... zwangsläufig... wahl... die... Die... gegen... Die... gegen... Die... gegen...

Genosse W. Ipr... die Kap... zwangsläufig... wahl... die... Die... gegen... Die... gegen... Die... gegen...

Genosse W. Ipr... die Kap... zwangsläufig... wahl... die... Die... gegen... Die... gegen... Die... gegen...

Genosse W. Ipr... die Kap... zwangsläufig... wahl... die... Die... gegen... Die... gegen... Die... gegen...

Genosse W. Ipr... die Kap... zwangsläufig... wahl... die... Die... gegen... Die... gegen... Die... gegen...

Genosse W. Ipr... die Kap... zwangsläufig... wahl... die... Die... gegen... Die... gegen... Die... gegen...

Die Delegierten des Bezirksparteitags sprechen

Genosse W. spricht zu den Fragen des Krieges und weist darauf hin, daß der Kapitalismus die Gesellschaftsordnung, aus deren Schoß sich zwingend der Krieg ergibt, während die sozialistische Planwirtschaft die Gesellschaftsordnung des Friedens ist.

Die Frage der gesamten Bourgeoisie und vor allem der Sozialdemokratie gegen die Sowjetunion ist ein wichtiger Teil der Vorbereitung des Interventionskrieges gegen den ersten Weltkrieg.

Genosse W. weist auch auf die Arbeiterklasse hin aufzuzeigen, daß die Politik des „kleineren Übels“, die von der SPD betrieben wird, den fortschreitenden Faschismus in Deutschland vorbereiten soll. Das zeigte sich besonders an dem vier Räteregierungen, von denen jede eine Steigerung in der Durchführung der sozialistischen Diktatur bedeutete.

3. Dresden: Die wichtigste Frage, die Frage des imperialistischen Krieges, und die zahlreichen Kriegstransporte stellen den Eisenbahnern große Aufgaben. Es muß uns gelingen, durch unsere Kampfmaßnahmen den Kriegstreibern in die Arme zu fallen und zunächst die Kriegstransporte zu verhindern. Wir müssen verstehen, diesen Kampf gegen Kriegstransporte zu verbinden mit dem Kampf für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Hier mitzuteilen, ist die Aufgabe unserer Tagespresse, die wir stärker als bisher im Betrieb verbreiten müssen.

3. Plauen: Die wichtigste Aufgabe ist die Anwendung der Einheitsfronttaktik. Er weist darauf hin, daß hier noch große Arbeit vorhanden ist. Eine besonders weitverbreitete Auffassung ist, daß die Arbeiter von selbst zu uns kommen werden. Diese falschen Auffassungen und Stimmungen sind ein großes Hindernis für unsere Einheitsfrontarbeit zur Gewinnung der sozialdemokratischen, parteilosen und schriftlichen Arbeiter für den gemeinsamen Kampf. Die Partei muß auch einen scharfen Kampf gegen die brandstiftenden

renegaten und die SPD führen, die mit ihren betrügerischen Einheitsfrontansätzen die Arbeiter verwirren wollen. Genosse H. Causchhammer weist auf die Streikaktionen hin, die nach dem Nordüberfall von Nazis auf Reichsbannerleute von der Belegschaft durchgeführt wurde. Eine weitere Kampfform ist die Belegschaft durch die Verhinderung von Verkäufen der Betriebszeitung und erzwingen damit ihre Freilassung.

Die Belegschaft des Causchhammerwerkes steht jetzt vor den Betriebsratswahlen. Wenn die Partei gemeinsam mit der KGO ihre Kampfkraft auf die Betriebsarbeit konzentriert wird, dann wird es auch gelingen, die Betriebsrätewahl für uns erfolgreich zu gestalten. Besondere Beachtung fordert der Genosse für die Arbeiterinnen, die in der chemischen Industrie beschäftigt sind.

Genosse S. Freiberg geht auf den finanziellen Zusammenbruch der Gemeinden ein und fordert stärkere Verbindung der Kommunisten mit den politischen Tagesaufgaben der Partei. Zur Vorbereitung der Kommunalwahlen, die in diesem Jahre stattfinden, müssen wir schon jetzt einen noch schärferen Kampf gegen alle opportunistischen Abweichungen führen.

Genosse A. spricht besonders über die Frauenfragen, die für die Partei eine politische Bedeutung haben. Ein besonders wichtiges Problem für die Partei ist die Fluchtqualen. Wir müssen verstehen, die neuen Genossen durch Einführungsarbeiten, durch gute kommunistische Verhalten ihnen gegenüber, durch Aufklärung und Schulung fest an die Partei zu binden.

Genosse D. weist darauf hin, daß die Durchführung der Betriebsarbeit und in einem noch viel größerer Ausmaß die Organisierung von Streiks ist auf große Widerstände bei Genossen. Ein typisches Beispiel dafür ist Oberweißbach, wo 104 Arbeiter sich durch ihre Unterschriften für den Streik erklärt haben. Unsere Genossen verstanden es nicht, diese Unterschriften für den Kampf so auszuwerten, daß der Streik zustande gekommen wäre.

eigenen Betrieb herangezogen werden, da sie doch am besten die Struktur ihres Betriebes kennen.

Zu unserer Arbeit an der innerbetrieblichen Front. Wir leben in den Betrieben und in den reformistischen Gewerkschaften eine rebellierende Arbeiterkraft. Wir haben in der letzten Zeit hieran eine ganze Reihe praktischer Erfahrungen gesammelt. Diese Erfahrungen müssen wir benutzen, um die SPD- und parteilosen Arbeiter für die KGO zu gewinnen und dadurch unseren Kampf in den Betrieben eine breitere Basis geben. Es ist unmöglich, daß unsere Genossen Gewerkschaftsmitglieder die Linie des geringsten Widerstandes beziehen und knicklos aus den Gewerkschaften herausfallen. Sie müssen vielmehr dort die Führung der rebellierenden Arbeiter übernehmen.

Zum Schluß noch einige Ausführungen zu dem für Ende April bevorstehenden neuen Rohraus. Die Reichstagsung der deutschen Industriellen hat bereits durchblicken lassen, daß versucht werden soll, den neuen Lohn- und Gehaltsausbau in freiwilliger Vereinbarung durchzuführen. Wenn das nicht gelingt, dann soll eine neue Retteraktion den neuen Rohraus tätigen.

In Verbindung mit der Vorbereitung des zweiten Wahlganges der Reichstagswahl sowie der Kampagne zum neuen Volksentscheid müssen wir mit allen Mitteln den Widerstand der Arbeiterklasse gegen den neuen Rohraus organisieren.

Genosse Schreiber-Ramenz: In Ramenz haben unsere Genossen mit der SPD einen Einheitsfrontklub. Wir haben eine scharfe Auseinandersetzung mit der SPD gehabt in der Frage der KGO, der revolutionären Kampferorganisation. Bei der Reichstagswahl sollten sie es ihren Mitgliedern freilassen, wenn sie ihre Stimme geben wollen.

Genosse Simon-Ceplig (Klein-Vertriebsrat der Firma Dahn): Während die Gewerkschaftsbürokratie die Arbeiterklasse auf neue Arbeitsplätze verdrängt, verlieren Tausende von Arbeitern täglich ihre Arbeit. Einige Beispiele aus unserem Betrieb: Im letzten Jahre erlebten wir drei Stilllegungsperioden. Es wurden nicht weniger als 30 kommunistische Arbeiter entlassen und 25 KGO-Mitglieder. Wir haben in unserem Betrieb 120 Betriebsversammlungen, 28 Betriebsratssitzungen und 18 Verhandlungen mit dem Betriebsrat durchgeführt. Ein schmerzhafter Lohnabbau wurde verhindert durch einen 20 Minuten langen Streik. Ebenso gelang es uns, den überhöhten Lohnabbau zu verhindern.

Genosse Schiller-Hirt: Wir fordern, daß die systematische Werbung für Partei und Sache streifer durchgeführt wird. Wir müssen uns als Parteimitglieder um jedes neue Mitglied kümmern. Vom ersten Tag der Mitgliedschaft an muß das neue Parteimitglied praktische Arbeit innerhalb der Partei vor sich sehen.

Genosse Wach-Hainichen: Seit dem letzten Parteitag haben wir nicht ohne Erfolg unter den Betriebsbauern gearbeitet. Trotzdem muß die Agitation und Propaganda auf diesem Gebiete noch verstärkt werden. Die Klassenmobilisation auf außerparlamentarischem Gebiet spiegelt sich wider in einem starken Stimmungswechsel zum Reichspräsidentenwahl. In unserem Industriegebiet haben wir ein Komitee geschaffen, das zusammengesetzt ist aus Handbuddbauern, aus indifferenten Bauern und einigen revolutionären Arbeitern.

180 Grad Wendung auf die Betriebe!

Genosse Stude-Oberlungwitz: In Verbindung mit der auch heute wieder als sehr wichtigen Frage der Streikbewegung müßte die einzige Wende zur Streikbewegung in unserer Mitte liegen. 180 Grad Wendung auf die Betriebe heißt nicht nur vom Streik sprechen, sondern ihn auch vorbereiten und richtig organisieren. Unterhalb Jahr haben wir gearbeitet, die Hälfte der Belegschaft des streikenden Betriebes hat an unserer Diskussion teilgenommen. Vom ersten Tage des Streikes an griff die Staatsgewalt ein. Am zweiten Tage wurde das Streiklokal durch 200 Sipos ausgehoben. Wir haben einen Dreikönig zu bekämpfen: die Staatsgewalt, die Unternehmer und ihre loyalen Hauptstütze, die Sozialfaschisten. Sie brauchen es fertig, den Streik als „mild“ hinzustellen. Hier beweist es sich, daß die Politik des „kleineren Übels“ das große Übel ist. Die Frage der Solidaritätsaktion muß von uns noch besser als bisher gestellt werden.

Genosse Keller-Ceplig: Ich möchte zu einer wichtigen Arbeit, die vor der Partei steht, sprechen, und zwar unsere Schulungsarbeit. Es heißt sich oft heraus, daß Praxis ohne Theorie auf der einen und Theorie auf der anderen Seite gemacht wird. Es ist unsere Pflicht, die Theorie des Marxismus-Leninismus nicht nur in die Massen zu tragen, nicht nur zu unseren Parteigenossen, wir müssen die Theorie der Parteimitgliedschaft und der Arbeiterklasse in Verbindung mit den Tageskämpfen praktisch verbinden. Wir müssen verstehen, daß unsere Schulungsarbeit an der Betriebsfront zu einem Erfolg führt.

Genosse Ahlmann-Cimbach: Trotzdem das Erweiterte Plenum im Januar den Beschluß gefaßt hat, jedes Mitglied der Partei soll Mitglied einer Gewerkschaft oder der KGO sein, gibt es noch einen Teil der Mitglieder, die diesen Beschluß nicht durchgeführt haben. Die Arbeit der ersten Verbände sollen noch viel zu wünschen übrig lassen. Ein Jahr hat die Mitgliedschaft des Textilarbeiterverbandes in unserem Kreis stagniert. Wir haben in der Leitung dieses Verbandes eine radikale Veränderung vorgenommen. Es war uns in ganz kurzer Zeit möglich, fast 200 Mitglieder dem Verband neu zuzuführen.

Ein Antrag des HB Plauen, am Sonntag beim Einzug der Delegierten und Gästen der 1. April für die streikenden Oberlungwitzer Textilarbeiter zu feiern, wird einstimmig angenommen.

Genosse Würzberger-Ceplig: Wir haben es nicht verstanden, gegen die Theorie des „kleineren Übels“ so anzukämpfen, wie es notwendig war. Es muß immer wieder klar gestellt werden: Wo beginnt der Faschismus und was ist der Faschismus. Der Faschismus beginnt bereits in den linken Flügel des Sozialfaschismus, bei den Trotzkisten und Trozlisten.

Wir haben als Kommunisten die strategische Aufgabe, die Bearbeitung der Massenorganisationen, verstärkte Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften, um dadurch die Reichheit der Arbeiterklasse zu erobern. Selbstkritisch muß festgestellt werden, daß unsere Arbeit in den Gewerkschaften, Kommunistenverbänden usw. eine schlechte war. Dort, wo gut gearbeitet wurde, waren auch Erfolge zu verzeichnen.

Genosse Coss-Ceplig: Es ist uns noch nicht gelungen, eine ernsthafte Mobilisierung der Erwerbslosen durchzuführen. Selbst dort, wo bereits Erwerbslosenausschüsse bestehen, ist unsere Arbeit gleich Null, wenn wir nicht eine gute Fraktionsarbeit leisten. In der Linie der Mobilisierung der Erwerbslosen liegt auch die Vorbereitung zum Räteregierungstag am 15. April.

Schluß der Diskussion, Referat des Genossen Ernst Ahlmann, und Schlußwort des Genossen Fritz Selbmann, folgen morgen.

Verbesserung der Frauenarbeit

Genossin P. Dresden: Das Wahlergebnis der Reichspräsidentenwahl zeigt, daß die Frauen bei der Reichspräsidentenwahl für Hindenburg und Hitler in einem viel größerem Ausmaß gestimmt haben, als für den roten Arbeiterkandidaten, den Genossen Ernst Thälmann. Die gemittelte Beschäftigung der Frauenarbeit zeigt sich besonders bei der Bearbeitung der Betriebe. Dabei stellen die Frauen einen entscheidenden Teil der Betriebsarbeit dar, und zwar machen sie 37 Prozent der in der Industrie beschäftigten Arbeiter aus. Die Partei muß daraus ihre Konsequenzen ziehen und eine gemittelte Verbesserung der Frauenarbeit, vor allem in den Betrieben, herbeiführen. Eine entscheidende Bedeutung erlangt die Frauenarbeit noch dadurch, daß gerade in den Betrieben, die heute bereits Kriegsmaterial produzieren, zum großen Teil Frauen beschäftigt werden. Kampf gegen den imperialistischen Krieg heißt also mit in erster Linie Bearbeitung der Frauenbetriebe und Einziehung der Frauen in die Einheitsfront. Eine wichtige Rolle in der Streikteilnahme der Betriebe spielen noch die Frauen der Betriebskassen. Auch sie müssen von uns besonders bearbeitet und für die Durchführung des Kampfes ihrer Männer um Lohn und Brot gewonnen werden. Die Genossin weist noch darauf hin, daß es notwendig ist, die Fraueneinigung der Partei, „Die Rämpferin“, stärker zu verbreiten.

Genossin Wernke-Jewidow weist darauf hin, daß die SPD deswegen eine besonders gefährliche Gruppierung darstellt, weil sie unter dem Deckmantel sozialistischer Forderungen und unter der Berufung auf Rosa Luxemburg die Arbeiterklasse von jedem Tageskampf abhält. Die scharfe Wendung der Partei auf die Betriebe muß sich besonders bei der verstärkten Herausgabe der Betriebszeitungen zeigen.

Genossin Heubel-Dresden weist darauf hin, daß auf dem Gebiete der Sozialpolitik von uns sehr wenig Arbeit geleistet wird. Es ist notwendig, daß die Arbeit unserer Parteigenossen in den Massenorganisationen einer viel stärkeren Kontrolle unterliegt wird. Das können wir aber nur durch den Aufbau und die Arbeit von Fraktionen erreichen. In den Organisationen, wo die Parteimitglieder die Führung besitzen, glauben die Genossen, daß sie der Kontrolle der Partei nicht unterstellt sind. Dieser Zustand muß schärfstens geändert werden, um die Massenorganisationen fester in die revolutionäre Klassenfront einzurichten.

Genossin Glaser-Ceplig: Vor allem Dingen ist notwendig die Einziehung der erwerbslosen Frauen in die Tageskämpfe. Wir haben das in Leipzig mit Erfolg bei dem Streik der Textilarbeiterinnen versucht. Wir haben unseren Kampf zu führen in der Richtung der Organisierung der Frauen in der KGO, wir müssen KGO-Hausfrauenfamilien bilden. Wir müssen ferner unser besonderes Augenmerk auf das Kindererwerb richten und der Partei behilflich sein, die Schulstreiks zu organisieren.

Genossin Coss-Plauen: Unsere Arbeit unter den Kleinbauern ist heute noch äußerst mangelhaft. Der NSDAP gelang es, durch betrügerische Methoden das Vertrauen der schaffenden Landwirte zu

erringen und so mit großer Mehrheit in die Reichswirtschaftskammer einzuziehen. Es ist Pflicht der Partei, in allen ländlichen Ortsgemeinden ihre Mitglieder zu infiltrieren, um mit den Bauern zu diskutieren und der Bauernschaft zu zeigen, daß die Arbeiterklasse gemeinsam mit ihr kämpft, dann werden die Kleinbauern auch das Vertrauen zur Arbeiterklasse gewinnen. Das revolutionäre Bauernkomitee hat deshalb in Sachsen für den Bund schaffender Landwirte 5000 neue Mitglieder zu werben und 20 Bauernkomitees zu schaffen. Wir sind als revolutionäres Bauernkomitee zu dieser Arbeit allein noch zu schwach, brauchen wir die Hilfe der gesamten Parteimitgliedschaft.

Genossin Behnke, Bezirk Halle-Merkerburg: Ich habe den Auftrag, dem 2. Bezirksparteitag der KGO Sachsen im Namen der Betriebsleitung Halle-Merkerburg die dringlichsten Komplexfragen zu überbringen. Unser Bezirk ist mit der wichtigsten Nahrungsbasis der deutschen Kriegswirtschaft, vor allem hier bei der chemischen Großindustrie im Vordergrund. Ich möchte hierbei eine Frage heben, die von außerordentlicher Wichtigkeit ist in der Beurteilung des Sozialfaschismus. Die Ransfeld-KO in unserem Bezirk ist das einzige große Kupfererzwerk Deutschlands. In einer Eingabe an die Reichsregierung hat der Betriebsrat der Ransfeld-KO, an der Spitze der Sozialfaschisten, um Subventionen für das Werk angefragt mit der Begründung, daß Ransfeld-Kupfer 1914 bis 1918 die deutsche Front gehalten habe und auch jetzt von ungeheurer Bedeutung für die deutsche Industrie sei.

Ein ähnlicher Fall liegt in den Deuna-Werten, dem wichtigsten chemischen Großbetrieb Deutschlands, vor. Hier hat der sozialfaschistische Betriebsrat Wohlgeit unter Mithilfe der faschistischen Betriebsräte und der Betriebsleitung den roten Betriebsrat ablenken und sich selbst zum Betriebsratsvorsitzenden machen lassen. Das ist das offene Einschleichen der Sozialfaschisten in die Front der deutschen Kriegswirtschaft. Und diese Erfahrungen unseres Bezirkes möchte ich den Bezirksparteitag besonders aufmerksam machen, um so die Parteigenossen in Sachsen in ihrem Kampf gegen die SPD zu unterstützen.

Wir müssen, daß die Beschlüsse des Parteitags nicht nur für Sachsen, sondern für die gesamte deutsche Partei von weitestgehender Bedeutung sind. In diesem Sinne unsere revolutionären Gruß.

Die stellvertretende Parteimitgliedin Marie-Jewidow: Neben dem Kampf um die Einziehung der Arbeiterklasse in den Betrieben, der Erwerbslosen, der Angehörigen der Frauen und der Jugend sowie der Handarbeiter und Landarbeiterinnen, dürfen wir nicht vergessen unseren Kampf um die dritte Generation, um das proletarische Kind. Auch die dritte Generation wird benötigt zum Kampf gegen die Kasse. Der Bericht der KGO teilt mit, daß in Sachsen 152 Kindergruppen bestehen. Das ist viel zu wenig angesichts der 650 Parteizellengruppen. Heute befinden sich noch große Massen der proletarischen Kinder bei den gegnerischen Kinderorganisationen. Wir veranlassen Werbeaktionen für die Partei, für die Kasse usw., warum nicht auch Werbeaktionen zur Gewinnung des proletarischen Kindes. Es ist unsere Pflicht, das proletarische Kind über politische Dinge aufzuklären und mit einzuziehen in den Kampf der Arbeiterklasse.

Den Widerstand organisieren

Genosse Paul Jüdel-KGO: Im Referat wie in der Diskussion ist hervorgehoben, daß die Notwendigkeit verstärkter Arbeit in den Betrieben hingewiesen worden. Wir haben es bisher noch nicht verstanden, diese Frage in die Praxis umzusetzen.

In Sachsen laufen Ende April die wichtigsten Kampfaktionen ab, 400 000 Arbeiter und Angestellte sind von erneuertem Lohnabbau betroffen. Dazu kommen die neuen beschlossenen ungeheuren Wertminderungen auf sozialpolitischem Gebiete, vor allem in der Erwerbslosenversicherung, ferner noch die schmerzhafteste Erhöhung der Steuern für die Erwerbslosen ab 1. April.

Diese Tatsachen verpflichten uns, jetzt politisch an die Mobilisierung der Arbeiter in den Betrieben zur Auslösung von Streikaktionen heranzugehen.

Im allgemeinen herrscht in den unteren Parteieinheiten das Verdrängen vor, die Organisierung und Auslösung von Streikaktionen auf die KGO abzugeben. Das ist falsch. Die Auslösungen der Kampfe muß unter ausschlaggebender Führung der Partei vor sich gehen. Die Partei ist dabei der ausschlaggebende Faktor.

Allgemein schlecht ist noch die Unterstützung der revolutionären Gewerkschaftsopposition durch die Parteimitgliedschaft. Gegenüber

rund 700 bestehenden Ortsgruppen der Partei haben wir nur 170 Ortsgruppen der KGO. In über 300 Orten besteht also keine KGO. Hier müssen wir eine ernsthafte Wendung vollziehen.

Dasselbe gilt hinsichtlich der Erwerbslosenbewegung. Wir haben zwar in 450 Orten Erwerbslosenausschüsse, dagegen nur aus 110 Stempelstempel Erwerbslosengruppen der KGO. Das trägt natürlich nicht dazu bei, die Erwerbslosen unter unsere Führung zu bekommen. Die Frage steht nicht so, immer nur die Lösung Streitfragen im Vordergrund zu stellen, damit allein bekommen wir keine Kampfe. Wir müssen die Streiks vorbereiten und organisieren. Ohne diese Arbeit gibt es keine Streiks. Die Januarbewegungen 1932 haben uns das gezeigt, dort sind wir nachgehinkt, wir unterließen die Bereitschaft der Arbeiter zum Kampf und trafen nicht auf führender Faktor auf. Es entstanden spontane Bewegungen, die schnell zusammenbrachen, weil wir ihnen keine revolutionäre Führung gaben.

Die Propaganda von außerhalb der Betriebe allein nützt nichts. Innerhalb der Betriebe müssen wir die KGO- und SPD-Genossen zusammennehmen und konzentriert die Streikmobilisierung durchführen. Ein Teil unserer besten Genossen ist zwar aus den Betrieben hinausgeworfen. Diese Parteigenossen dürfen wir jedoch nicht verdrängen lassen, sie müssen noch wie vor zur Arbeit in ihrem

Am 6. April: Antikriegstag!

Mobilisiert zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg, gegen alle Kriegstreiber, gegen Kriegssilektionen und Kriegstransportier! Marchiert auf zum Antikriegstag!

Fortsetzung der Bezirksparteitag-Diskussion

Genosse Werner-Jitzau: Wir begrüßen, daß von Seiten der Bezirksleitung dazu übergegangen worden ist, die Betriebszellen mit eigenem Material zu beliefern. Dadurch wird erreicht, daß in den Betrieben eine bessere Arbeit geleistet wird. Dort, wo unsere Genossen aktiv auftreten, wird der Kampf erfolgreich sein. Das zeigt der Betrieb Koch & Häbler.

Genosse Gerold-Ries: (Landarbeiter): Wir haben uns bemüht, 65 Dörfer zu bearbeiten, es geht aber trotzdem vorwärts. Vor kurzem haben wir wieder zwei neue Ortsgruppen gegründet. Wir wünschen, daß auch einmal ein Abgeordneter sich in den bäuerlichen Gebieten sehen läßt.

Genosse Harry-Ceipig: Zur Frage des individuellen Terrors hat die Partei im richtigen Moment zugepaßt. Wir sind überzeugt, daß diese Schwäche überwunden ist.

Genosse Maly-Ofertzgebirge: Wir haben es verstanden, in der Firma Kunstleiden-WG durch gute Arbeit die Nazijelle zu liquidieren. Unter dem Druck der Arbeiter wurde der zehnprozentige Lohnabbau am 1. Januar nicht durchgeführt. In 93 Prozent der Betriebe des Ofertzgebirges gibt es überhaupt keine Betriebsräte, hier ist noch ungeheure Arbeit zu leisten. Daß es möglich ist, auf diesem Gebiete Fortschritte zu erzielen, geht daraus hervor, daß es uns gelungen ist, in unserem Betrieb eine KPD-Gruppe zu gründen.

Genossin Erna Gröblich-Schwarzberg: Als Kleinbäuerin begrüße ich den Bezirksparteitag. Die Partei muß ihre Arbeit unter den Kleinbauern und -bäuerinnen verstärken. Wir Kleinbauern sind genau so geschneidet wie die Arbeiterklasse. 16 bis 18 Stunden müssen wir arbeiten im Sommer, um unsere Ernte hereinzubekommen. Nicht nur die Parole herauszugeben „Das Gesicht dem Lande zu“, sondern auch danach handeln.

Genosse Schmidt-Bugthofer Bahnhof: Wir Eisenbahner haben es verstanden, an verschiedenen Bahnhöfen die Reformisten zu schlagen. Auch ist es uns in einer Versammlung gelungen, die Bildung der „Eisernen Front“ zu unterbinden. Die Partei muß versuchen, in den Dienststellen, wo wir keine Genossen haben, von außen heranzukommen und dort Betriebszellen aufzubauen.

Genosse Koll-Plauen: Bei ernsthafter Überprüfung der Agitationsarbeit der Partei müssen wir selbstkritisch feststellen, daß unsere Betriebsarbeit zu schlecht war. Das liegt oft daran, daß die Auswahl der Agitationsfunktionäre zu oberflächlich geschieht. Die Arbeit muß ausgerichtet werden, dann wird die Agitationsarbeit das sein, was sie werden soll: der Motor unserer gesamten Bewegung!

Genosse Döhler-Großdeuben: Ich spreche zur Frage des imperialistischen Krieges und zur Herstellung der roten Einheitsfront. An Hand praktischer Arbeit in der Ortsgruppe zeigt er eine Reihe Methoden auf in der Linie zur Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse. Durch die Kontrolle der Volksliste, Organisation des Wahlkreises, Vorbereitungen zum Wählerstreik am 1. April usw. gelang es dort vor allen Dingen, die Erwerbslosenbewegung 100prozentig zu erfassen.

Genosse W.-Eltwert Chemnitz: Die Wendung der Partei auf die Betriebsarbeit darf nicht dazu führen, daß nach einem ersten Anlauf unsere Genossen die Arbeit als erledigt betrachten. Die Kampagne zur Erzwingung der Betriebsräteurnenwahlen haben wir nicht mit der notwendigen Energie geführt. Im Eltwert Chemnitz war es durch die aktive Arbeit der Kommunisten der SPD unmöglich, eine Hammerhütte zu gründen. Ebenso gelang es durch aktive Arbeit, eine KPD-Gruppe unter den Angestellten zu gründen. Ein Angestellter des Eltwerks, der auf dem Parteitag als Gastdelegierter amwesend ist, hat gestern seinen Eintritt in die Kommunistische Partei erklärt. (Bravo! Bravo!)

...maren, in denen kein Wort stand von der Frage des Landarbeiters, und als wir die Frage gestellt haben, wo kommt es, daß hier in eurem Dorf nichts gelangt wird zum Landarbeiter, da hat man geantwortet, da müssen wir doch gegen die solche Stimmungen, daß wir einfach gelagt haben, alle Bauern im Dorf ziehen an einem Strick, haben die selben Entkommen. Hier ist die entscheidende Frage, zu differenzieren in den Mittelschichten, wie auch bei den Bauern eine solche Differenzierung vornehmen müssen, daß wir die richtigen Linien in der Politik der Volkswirtschaft in der Frage der Eroberung der Bauernschaft als Verbündete des Proletariats.

Der Hebel unserer ganzen Bauernarbeit ist die Orientierung auf die Dorfarbeit, und die Schöpfung des Bündnisses zwischen Proletariat und Kleinbauern, d. h., daß wir in viel stärkerem Maße auch die Kleinbauernorganisation auf dem Dorfe berücksichtigen müssen und in unserer Bauernpolitik eine klare Klassenlinie einhalten müssen.

Konkreter Kampf gegen Kriegsrüstungen

Eine weitere Frage: Die Frage der Organisation des konkreten Kampfes gegen den Krieg, die Frage der Mobilisierung der Betriebsbelegschaften gegen die Kriegproduktion, die Frage der Behinderung der Rüstungstransporte, muß im engen Zusammenhang stehen, sowohl mit unserem Kampf gegen die Sozialdemokratie, als die soziale Hauptstütze der internationalen Bourgeoisie, als auch mit unserem Kampf gegen den Hitlerfaschismus. So stellt die Frage der nationalen Befreiung verknüpft ist mit der Frage der sozialen Befreiung, so stellt uns unser Programm der sozialen und nationalen Befreiung verknüpft und verbindet mit allen unseren politischen Maßnahmen, mit unserer ganzen Politik.

Genossen und Genossinnen! Eine Frage war die Frage der Schulungsarbeit. Einige Genossen, darunter die Genossin Koll, haben in der Diskussion die Frage der Schulungsarbeit gestellt. Ja, es ist notwendig die Schulungsarbeit, die besonders in der Partei noch viel mehr zu verstärken. Aber ich möchte mit eins sagen: Es gibt noch einen besseren Lehrmeister als die leeren Propagandabücher und die besten Kurslehrer. Die sind nicht der Lehmeister, nicht nur für die Partei, sondern für die Massen, in der Kampf der Arbeiterklasse. Genossen und Genossinnen, die beste Schule geben wir dem Proletariat, wenn wir verstehen die Arbeiter in Kämpfe zu führen, wo sie unsere Energie und Politik selbst zu verarbeiten haben.

Nach einer Frage, und zwar ist das die Frage der Schöpfung und Erweiterung der Initiative unserer Parteiorganisation, der Bedeutung unserer Führerorgane in der Gesamtpartei.

Mehr Angriffsgeist, mehr Initiative!

Auf tausend Wegen versucht der Klassenfeind uns zu verunsichern und Misstrauen zu schaffen gegen unsere Partei. Das ist zum Glück das Entscheidende, daß unsere Partei sich sofort gegen solche Tölpel wenden muß. Das, was der Gen. Thälmann gegen uns den Göttern bereits angeführt hat, das was wir fordern müßte, ist mehr Angriffsgeist, mehr eigene Initiative, um neue originelle Methoden zu finden, wie wir bei der Reichspräsidentenwahl nur in wenigen Fällen gezeigt haben.

Nicht nur quantitatives Wachstum, sondern qualitatives Wachstum unserer Partei. Und wir haben auf dem Parteitag gerade ein Beispiel von der Wechselwirkung von Quantität und Qualität bekommen. Die Genossen vom Bauernkomitee haben gesagt, sie wollen 5000 neue Mitglieder schaffen und 200 neue Ortsgruppen, aber wie. Der rote Textilarbeiterverband hat uns berichtet, monatelang hat er stagniert. Man hat neue Genossen in die Leitung heringebredet, jetzt haben wir von Monat zu Monat eine steigende Entwicklung dieses Verbandes.

Genossen, zum Schluß noch die entscheidende Frage, die hier auf dem Parteitag stand, war die Konkretheit der strategischen Beschlüsse unserer Partei. Darum ist es entscheidend, daß unsere Arbeit unten in der konzentrierten Form gerichtet wird nach strategischen Gesichtspunkten und daß dort, wo Schwächen vorhanden sind, sofort von uns tatkräftig eingegriffen wird.

In Plauen, in Falkenstein, Schwarzberg, Zwickau muß der Kampf gegen die SPD noch um vieles verstärkt werden.

Genossen und Genossinnen! Unsere Partei hat auf diesem Parteitag gezeigt, daß innerhalb der Parteiorganisation in unseren tatsächlichen Parteizellen in den letzten Monaten nicht nur eine quantitative Arbeit, sondern gleichzeitig auch unsere Partei innerlich befestigt worden ist. Unsere ideologische Arbeit muß auch von diesem Parteitag aus noch weiter verstärkt werden.

Genossen, wenn wir es verstehen, unsere Partei organisatorisch und politisch vorwärts zu bringen, wenn wir es verstehen, die Kriegsgefahr und den Schicksal der Sowjetunion vor den Arbeitern klar aufzurufen, wenn wir die Arbeiter organisieren für den Kampf gegen den Krieg und gegen Kapitalabbau, dann ist die Überzeugung, wird der 2. Bezirksparteitag einen entscheidenden Schritt vorwärts bringen zum Kampf um die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse, für den Kampf um die proletarische Diktatur. (Stürmischer Beifall.)

Die Jugend im Kampf gegen Faschismus und Krieg

Genosse Keuter, Jugend: Die KPD ist die einzige Partei, die die Interessen der arbeitenden Jugend vertritt. Das verpflichtet uns noch stärker als bisher, die Frage der Erziehung der Jugend in den Betrieben, Stempelstellen, Gewerkschaften, Sportvereinen usw. zu stellen. Die Frage des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg kann nicht gelöst werden, wenn wir nicht die Jugend mobilisieren, die als erste für den Kriegsdienst eingezogen werden wird. Daß die Jugendarbeiterchaft zu gewinnen ist, zeigt, daß vielerorts die Lehrlinge trotz reaktionärer Lehrverträge an den Kämpfen der Arbeiterchaft in den Betrieben teilgenommen haben.

Die Gefahr der Einführung der Arbeitsdienstpflicht steht drohender denn je. Auch in der Jugend müssen wir stärker als bisher die Frage des „Keinern Liebes“ stellen, um den noch starken Einfluß der SPD zu brechen. Damit gelang es der SPD, noch große Massen der Jungwähler für Hindenburg zu gewinnen. Ebenso wichtig ist die Frage des Hitlerfaschismus. Den Nazis gelang es, einzudringen in die Schichten der Jugend des Mittelstandes und auch in die Peripherie der proletarischen Jugend.

Wird in allen Betrieben Jugendbetriebszellen und KPD-Jugendbetriebsgruppen. Nur zum Kampf, um die arbeitende Jugend in unseren Reihen vereinigen zu können.

Es wird ein Telegramm verlesen und angenommen, daß die sofortige Freilassung der acht zum Tode verurteilten Negern in Scottsbrough fordert.

Genosse Alfred Schmidt-Ceipig: Die Partei muß sich mit großer Schnelligkeit über die Rolle und Bedeutung der Angestellten klar werden. Der Bericht der W bringt eine interessante Aufstellung über das Verhältnis der Angestellten zu den Arbeitern in Ceipig. In der Durchführung der proletarischen Revolution kommt der Angestelltenfrage eine große Bedeutung zu. Die veränderte Rolle der Angestellten, ihre fortschreitende Proletarisierung sowie der Umstand, daß die Angestellten neben den Kleinbürgern die Massenbasis der Nazis darstellen, zwingt uns zur Verstärkung unserer Angestelltenarbeit.

Welche Rolle spielen die Angestellten in der Frage der Abwehr

des imperialistischen Krieges. Gerade hier ist es notwendig, die Verbindung zu den Angestellten in den Betrieben zu suchen. Den Angestellten können wir nur im Betrieb gewinnen. Es darf deshalb keine Betriebszelle mehr entstehen, wo nicht die Angestelltenfrage erörtert werden. Jede Zelle muß einen Genossen für die Arbeit verantwortlich machen. Die Partei, vor allen Dingen die Strohengellen, muß uns in dieser Arbeit unterstützen, denn die Frage der Angestellten kann nicht die Arbeit der Angestellten allein sein.

Genosse Bruno Kranz-Cimbach: Marx und Lenin rücken schon die Genossenschaftsfrage in den Vordergrund. Was sehen wir heute in den Genossenschaften? Ein starkes Vermächtnis der Intelligenz mit dem Monopolkapitalismus. Die Genossenschaften werden subventioniert vom Staat und machen dafür Wahlpropaganda für Hindenburg. Unsere Parteigenossen im Reich müssen verstärkte Arbeit in den Genossenschaften leisten.

Genosse Schmidt-Ceipig behandelt in erster Linie die Frage der revolutionären Presse. Die Lösung der Partei, eine Wendung von 180 Grad in der Betriebsarbeit vorzunehmen, bedeutet, daß wir die Betriebe nicht mehr wie bisher bearbeiten sollen, sondern das Schwergewicht unserer Arbeit wirklich in den Betrieb verlegen sollen. Diese Wendung gilt es auch auf die revolutionäre Presse zu beziehen. Verbindung der aktuellen Tagesfragen mit der Werbung für die Presse muß im Vordergrund stehen. Wir müssen die bestehende Situation für die Presseerhebung ausnützen. Die Steigerung des Standes des „Volkscho“ um circa 116 Prozent beweist, was bei einer organisierten Werbearbeit möglich ist.

Neben der Werbung für das „Volkscho“ gilt es in der nächsten Zeit eine weitere Zeitung unterzubringen, und zwar die „Illustrierte Bauernzeitung“. Die Ortsgruppenleitungen müssen verstehen, die Werbung für „Volkscho“ und „Illustrierte Bauernzeitung“ zu kombinieren. Die Frage der Presse muß viel ernster gefaßt werden. Der Redner behandelt dann noch eingehend die Frage der politischen Zeitungsabläufe.

Die nun folgende Rede des Genossen Thälmann — siehe besondere Seiten.

Schlußwort des Genossen Selbmann

Genossen und Genossinnen!

Im Schlußwort will ich mich auf einige wenige Fragen beschränken, nachdem vor allem Gen. Thälmann noch in ausführlicher Weise eine Reihe der wichtigsten und entscheidendsten strategischen Fragen unserer Arbeit behandelt hat. Einige Fragen will ich im Schlußwort ausführlicher behandeln, auf die ich während des Referates nicht eingehen konnte.

Kulturreaktion und Krieg

Die erste Frage ist unsere Kulturarbeit in Verbindung mit den politischen Aufgaben der Partei, unser Kampf gegen die kulturreaktionären Bestrebungen. Diese Frage des Kampfes gegen die Kulturreaktion steht im engen Zusammenhang mit unseren aktuellen politischen Aufgaben. Ich erinnere an die Frage des Kampfes gegen den Krieg, an die Rolle der Kirche bei der ideologischen Vorbereitung des neuen imperialistischen Krieges und des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion. Ich erinnere mich große Rolle die Kulturreaktion in den Schulen spielt, bei Vorbereitung des Krieges und der weiteren Faschisierung Deutschlands. Ich erinnere daran, welche Rolle die Kinos und Theater spielen bei der ideologischen Vorbereitung des imperialistischen Krieges. Ich führe diese Beispiele nur an, um auf diesen Spezialgebieten zu zeigen, wie wichtig diese Arbeit ist.

Vor allen Dingen ist notwendig die Frage des imperialistischen Krieges gerade bei der Durchführung unserer Kulturarbeit in den Mittelpunkt zu stellen.

Unsere Politik auf dem Dorfe

Eine zweite Frage ist die Frage unserer Politik auf dem Dorfe. In welcher Richtung muß unsere Bauernarbeit orientiert

sein. In der Diskussionsrunde des Gen. Wacht von Heintichen habe ich einige Ausführungen gehört über eine falsche Orientierung unserer Politik auf dem Dorfe. Das, was der Gen. Wacht hier anführte, ist nicht ein Einzelbeispiel. Während des Volksabstimmens, wo wir eine solche aktive Bauernarbeit geleistet haben, dort hatten wir z. B. einen solchen Fall, daß in einer Reihe von Dörfern Dorfsitzungen herausgekommen



Genosse Fritz Selbmann während des Referats auf dem Bezirksparteitag Sachsen

General-Mitgliederversammlung der KPD

In allen Dresdner Stadtteilen am Freitag, dem 1. April 1932. Tagesordnung: Bericht vom Bezirksparteitag

Stärker heran an die Gewerkschaftsarbeit!

Zerschlagt den Arbeitsbeschaffungsschwindel

Arndts Versuch, Dresdner Holzarbeiter einzuflecken, misslungen. Wüste Hebe gegen RSD. DHD-Bonze Wenzel ruft: „Wenn Du nicht die Schnauze hältst, stoppe ich sie Dir!“. Holzarbeiter, nun erst recht Einfluß aller Kräfte an der innergewerkschaftlichen Front

(Arbeiterkorrespondenz 423)

Am Dienstag, dem 15. März, fand im großen Saal des Hoftheaters eine Mitgliederversammlung des Holzarbeiterverbandes statt. Der Reformist Arndt referierte über: „Gewerkschaften und Arbeitsbeschaffung“. Das ganze Referat war darauf abgesehen, das neue Tauschungsmandat der Gewerkschaften den Mitgliedern schmackhaft zu machen. Arndt führte aus, daß bei den deutschen Finanzstrichen im vorigen Jahre zur Sanierung der Finanzen der Notenumlauf erhöht worden wäre, ohne eine Inflation heraufzubekommen. Dieses wäre möglich gewesen, weil das deutsche Volk davon nichts gemerkt habe und dadurch die Anglisten im Volke vermieden worden wäre. Er verfuhrte nachzuweisen, daß, um die Mittel zu dem vom RSDB entworfenen Arbeitsbeschaffungsplan auszubringen, die Auflegung einer Anleihe nötig sei, und das Geld aus den „Sparstümpfen“ herausgelockt werden müsse. (Was die Herren als Sparstümpfe ansehen, sieht man nicht auf, vielfach soll das Geld aus den Geldbüchsen

und den Treibern geholt werden, die nach unserer Meinung bestimmt nicht als Sparstümpfe bezeichnet werden können. Das Geld aus den Sparstümpfen zu holen, hat der Kapitalismus schon während des Krieges und ganz besonders während der Inflation 1923 verstanden und das mit Hilfe der SPD.)

Bei der Einreichung einer halben Million Arbeiter in den Produktionsapparat würden durch die Entlastung der Erwerbslosenversicherung 600 Millionen Mark frei, außerdem würden die durch den Plan wieder beschäftigten Arbeiter durch Zahlung von Lohnsteuer, Mietsteuer, Bürgersteuer usw. zur Finanzierung des Planes selbst beitragen, jedoch dürften diese Einnahmen von den Gemeinden nicht zu eigenen Klagen verwendet werden, sondern müßten zur Arbeitsbeschaffung bereitgestellt werden. Es bliebe lediglich ein Fehlbetrag von 1,2 Milliarden Mark, der durch Anleihe aufgebracht werden müßte.

Die Hebe der durch den Plan eingestellten Arbeiter ist nicht ausschlaggebend, die Hauptsache ist, daß wir als Gewerkschaften

überhaupt etwas tun. Viel gesprochen wurde vom Inflationsprophet des Geldes, Kreditwesens, Schwindelgeld usw., was die Versammelten schließlich ermüdete. (Für uns verständlich, denn die Arbeiter wollen etwas Konkretes darüber wissen, wie man das Geld und die Not der Arbeiterklasse beseitigt.)

In der Diskussion sprach ein Holzarbeiter keine Bedenken gegen den Arbeitsbeschaffungsplan des RSDB aus und wies nach, daß der Unternehmer nur dann produziert, wenn für ihn dabei der Profit hängen bleibt.

Als zweiter Diskussionsredner sprach der Hausbanze Wenzel. Mit einer knappen Rede erklärte er den Mitgliedern plausibel, daß das Einbringen von einigen Hundert Millionen Mark neuer Noten in die deutsche Wirtschaft etwas Ungefährliches sei. Wenzel versuchte, die im Arbeitsbeschaffungsplan enthaltenen inflationistischen Tendenzen zu verheimlichen und zu mildern.

Ein oppositioneller Kollege verplüßte in der Diskussion das neuerte Tauschungsmandat des RSDB und bewies, daß diese Mandate bestimmt sind, neue Millionen in der Arbeiterklasse zu wecken. Ausgehend von den Widersprüchen des Kapitalismus, der gegenwärtigen Krise, zeigte er auf, daß die SPD und die Gewerkschaften seit 1918 stets versuchten, in Zeiten der Not der Arbeiterklasse neue Hoffnungen einzuflöhen.

Das war beim Verfall der Vertrag, Dawesplan, Youngplan, Hoover-Memorandum usw. An Hand der fortgeschrittenen Verleumdung der Arbeiterklasse wies er nach, daß eine Verbesserung der Lage der Arbeiter im kapitalistischen Staat unmöglich ist und nur durch revolutionären Kampf die Arbeiter weitere Verbesserungen erlangen können. Zur Überwindung der Krise ist nur die Arbeiterklasse in der Lage, indem sie ihre geschlossene Kraft erhebt, das kapitalistische System bürstet und durch Hebernahme der Produktionsmittel dem heutigen Elend ein Ende bereitet. Treffend zeigte er den Unterschied zwischen dem Arbeitsbeschaffungsplan der Gewerkschaften und dem der SPD auf. Nur dadurch, daß das Proletariat von der Tatenlinie zur Offenheit übergeht und sich einen Teil des kapitalistischen Profites erobert, indem die Willkür beseitigt, die Tarifverträge beseitigt werden, die Rückversicherungen gekündigt, die Ausgaben für die Polizei und Reichswehr eingestellt werden, wird es möglich sein, nicht nur für Tausende, sondern für Millionen Arbeit zu beschaffen. Die Verwirklichung dieses Planes erfordert den Kampf aller Arbeiter um ihre gerechten Forderungen, das geht allerdings an dem Willen des Kapitalismus und da können die Gewerkschaften nicht mitkämpfen, weil sie mit dem kapitalistischen System verknüpft sind. Nicht durch Hilfsprogramme, sondern durch den revolutionären Kampf, durch die Schaffung der roten Einheitsfront zum Kampf gegen Lohnabbau und weitere Verleumdung wird das Proletariat dieses Elend beseitigen.

Der DHD-Bevollmächtigte Wagner konnte es sich nicht verkneifen auf die sachlich angeführten Bemerkungen der oppositionellen Kollegen mit einer wüsten Hebe gegen die RSD zu antworten. Seine angeführten Argumente konnten nicht im geringsten die vorhergehenden Ausführungen widerlegen.

Der Bonze Arndt versuchte im Schlußwort nochmals den Arbeitsbeschaffungsplan zu verteidigen. Auf die an ihn gerichtete Frage, was mit den Erwerbslosen werden soll, die nur seine Unterstützung bekommen, antwortete er, daß viele nach den gesetzlichen Bestimmungen gar kein Recht auf Unterstützung haben. Bei dieser Frage läßt der Hausbanze Wenzel auf und läßt den oppositionellen Kollegen an: „Wenn du jetzt nicht die Schnauze hältst, dann stoppe ich sie Dir!“

Mit solchen Methoden versuchen diese Bürokraten ungeliebten Fragen aus dem Wege zu gehen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung muß Wagner bekannt geben, daß bei Schaffung des Tarifvertrages für Sachsen es nicht gelungen ist, das zu halten, was sie versprochen hatten.

Die Ferienfrage bleiben bestehen, doch wird für die Ferienfrage nicht mehr der volle Lohn gezahlt, sondern nur noch Dreifünftel des geltenden Tariflohnes.

Die Städtezulage von 3 Pfennig wird auf 2 Pfennig gekürzt, so daß der Spitzenlohn nur noch 87 Pfennig pro Stunde beträgt.

In der Signalarbeiterfrage wird der Mindestlohn von 115 Prozent pro Stunde auf 108 Prozent des Tariflohnes gekürzt.

Weiter tritt eine freiberufliche Bestimmung in den neuen Vertrag ein.

In diesem Beispiel konnten die Kollegen gleich wieder erkennen, daß der Verband Schritt für Schritt die Erwerbslosen der Arbeiter prelosgibt. Auf der einen Seite Ermöden neuer Millionen durch Arbeitsbeschaffungsplan, auf der anderen Preisgabe der letzten Rechte der Mitglieder. Das ist die Politik des „kleineren Übels“ von Stufe zu Stufe hat der Arbeiter immer mehr in das Elend.

Der Verlauf der Versammlung hat bewiesen, daß wir als revolutionäre Gewerkschaftsopposition noch eine ungeheure Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften zu leisten haben, um den Einfluß der Gewerkschaftsführung zu brechen. Die Gewinnung der Gewerkschaftsmitglieder für die rote Einheitsfront wird und muß gelingen, wenn wir die unermüdbare Kampfbereitschaft nicht lassen. Man an diese Arbeit, die Freude werden nicht anstreben.

RSD-Gieg bei den Eisenbahnern

Roter Eisenbahnerverband des Saargebietes erhöht die Zahl seiner Arbeiterausfühler von 26 auf 46

Nach dem überwältigenden roten Wahlsieg, den die RSD bei den Landesparlamentswahlen im Saargebiet errungen hat, hat auch die RSD bei den Eisenbahnern einen glänzenden Wahlsieg davongetragen. Bei den Arbeiterausfühlerwahlen, die am 22. März stattfanden, konnte der rote „Eisenbahnerverband“ die Zahl seiner Sitze von 26 auf 46 erhöhen, wogegen der reformistische Schiffsverband von 100 Arbeiterausfühlermitgliedern auf 7 zurückgegangen ist und die Christen ebenfalls ein Mandat eingebüßt haben.

Während bei den letzten Wahlen die RSD mit ihren roten Kandidaten nur in sieben Betrieben kandidieren konnte, haben bei der jetzigen Wahl in 24 von insgesamt 31 Betrieben die revolutionären Kandidaten der RSD, Christen und Reformisten gegenüber. In einigen Betriebsstellen, so z. B. auf dem Rangierbahnhof Saarbrücken, hat die rote Liste die absolute Mehrheit aller abgegebenen Stimmen erhalten.

Dieser Wahlsieg konnte trotz größten Terrors der Eisenbahnautorität gegen die RSD-Kandidaten erfochten werden. Er ist von umso größerer Bedeutung, als es sich bei den Eisenbahnern um eine der entscheidendsten Schichten des Proletariats handelt.

Neue Stilllegungen und Waffenentlassungen

Die Vulkan-Werke, Bremen, hat die Angestellten zum 1. April d. J. „vorsorglich“ gekündigt. Die Ausschüsse für eine bessere Arbeitsbeschaffung sind recht trübe, so heißt es in der

Verlautbarung der Direktion. Wenn also keine weiteren Aufträge mehr einlaufen, muß damit gerechnet werden, daß die Bremer Vulkan-Werke, die erst kürzlich das Krümpersystem eingeführt, bald die Tore gänzlich schließen wird. Tausend Proleten würden dann auf Straße liegen.

600 Angestellte in Mannheim gekündigt

Bei der Firma Brown, Boveri u. Co. wurde sämtlichen Angestellten gekündigt. Die Zahl der davon Betroffenen beträgt 600.

Wie verlautet, beabsichtigt die Firma einen großen Teil dieser Angestellten auch zu entlassen und bei den übrigen einen neuen Aufbau der Geschäfte durchzuführen.

Erweitert die 5-Millionen-Front der Werkstätten! Jeder ein Roter Wahlhelfer im Kampf Klasse gegen Klasse

Neuer ungeheurerlicher Vorstoß der Bauunternehmer

Bis 36 Prozent Lohnabbau gefordert

Baugewerkschaftsbürokratie dokumentiert ihre Zustimmung. Kollegen Bauarbeiter, macht Schluss mit dem „kleineren Übel“, kämpft unter Führung der RSD!

Während die Führer der Baugewerkschaft Dresden, die Schumann, Seibel, Ledermann und Co., herumschreien und die Empörung der Bauarbeiter mit allerlei Beschönigungsstücken nicht zuhalten versuchen, unternehmen die Baugewerkschaften einen Vorstoß nach dem anderen gegen die Forderungen der Bauarbeiter.

Mit einer geradezu sinnlichen Frechheit fordern die Bauunternehmer Lohnabbau für die Bauarbeiter bis zu 36 Prozent. Sie können das wagen, weil die Bürokratie des Baugewerkschafts seit Jahren jede Forderung des Kampfbewusstseins der Bauarbeiter mit den schäblichsten Mitteln unterdrückt, und dort, wo es zu Kämpfen kam, selbst mit dem Mittel des offenen Streikbruchs den Arbeitnehmern in die Hände arbeitete.

So fordern zum Beispiel in Westdeutschland die Unternehmer im Baugewerbe die Herabsetzung des Lohnes für Maurer von 1,85 auf 0,87 Mark pro Stunde (36 Prozent), für Zimmerer von 1,85 auf 0,89 Mark (36 Prozent), für Bauarbeiter von 0,87 auf 0,81 Mark (29 Prozent), und für Tiefbauarbeiter von 0,84 auf 0,55 Mark (14 Prozent). Die reformistischen und christlichen Gewerkschaftsbürokraten haben sich bereit erklärt, mit den Unternehmern in Verhandlungen über den Lohnraub zu treten.

Wie weit die Pläne der sozialfaschistischen Gewerkschaftsführer den Wünschen des Unternehmertums entgegenkommen, geht aus der Hamburger Bauwelt, Heft 10, hervor, indem folgendes zu lesen ist:

„Möglichst sofort, sollen die der Bauwirtschaft durch den geschlichen Zwang der Notverordnung auferlegten Löhne außer Kraft gesetzt werden.“

Nach der jetzt mahdenden Verminderung dürften die Arbeitsvertragsverträge verlassen, sich mit den Gewerkschaften über den, nach Ansicht mahdender Wirtschaftskreise erforderlichen weiteren Lohnabbau im Baugewerbe zu einigen.“

Wie auf Kosten der Bauarbeiterklasse soll der Baumarkt belebt werden.

Nach in Sachsen und im Bereich der Baugewerkschaft Dresden erließen die Führer des Baugewerkschafts, daß gegen den Willen der Baugewerkschaften, die den Notverordnungslöhne zum 1. April für ganz Sachsen gekündigt haben, der schäblichste Kampf geführt werde. Wie dieser „Kampf“ aussieht, zeigt die Praxis der Gewerkschaftsführer in den letzten Jahren, die bemüht war, die alles auf friedlichem Wege zu regeln. Die Bauarbeiter haben am eigenen Leibe erfahren, wie ernst es die Reformisten mit

ihren Thronen meinen. Ein Lohnabbau nach dem anderen, Unterdrückung der Forderungen und im Zusammenhang damit ungeheure Verleumdung der Bauarbeiter, ihrer Frauen und Kinder. Das ist der Weg des Reformismus! Das sind die so gepriesenen „Mittel des Sozialismus“, über die SPD- und Gewerkschaftspressen sich heiser schreien.

Den Kampf um die Interessen der Arbeiterklasse führen nicht die Schumann und Seibel, diesen Kampf führt nur die RSD um das Arbeitsbeschaffungsprogramm der RSD. Hinweg mit der Front des „kleineren Übels“, der Hindenburg-Brüning-Krupp-Front, hinein in die RSD!

Nur die geschlossene rote Klassenfront kann alle Anschläge der Unternehmer und ihrer sozialfaschistischen Anstalten zurückstoßen. Die Bauarbeiter kämpfen unter der Führung der Kommunistischen Partei, unter Führung des roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann für ein freies sozialistisches Deutschland, gegen das „kleinere Übel“, für das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Kommunistischen Partei!

SPD-Betriebsrat bei der Reichsbahn gemäßregelt

Wie das „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ des Krisenkomitees in der Praxis aussieht, beweist die Reichsbahn. Dort werden Massenentlassungen ohne Ende durchgeführt. Dabei wird im Programm der Regierung noch erzählt von Kautzigen, die Reichsbahn und Welt versorgen sollen. Diese Kautzigen können nicht einmal die Anzahl der Entlassungen verringern, geschweige denn den bisher Erwerbslosen Arbeit verschaffen.

Auf dem Rangierbahnhof Hildersdorf wurde jetzt der SPD-Betriebsrat entlassen. Bei den „Tauschungsmaßnahmen“, die auf Grund der Entlassungen durchgeführt wurden, sollten zwei Betriebsratsmitglieder ebenfalls nach anderen Dienststellen verschoben werden. Es ist selbstverständlich, daß diese Maßnahme abgelehnt wurde, weil es offensichtlich ein Anschlag der Direktion gegen die Interessen der Belegschaft war. Nach der Ablehnung der Maßnahme der Direktion durch den Betriebsrat wurde verlangt, daß der unvereitelte SPD-Betriebsrat aufgelöst werden sollte. Auch dazu verzweifelte der Betriebsrat keine

Zustimmung. Hieraus ergibt dieser SPD-Betriebsrat die Kündigung zugestimmt mit dem folgenden Text:

„Entlassen wegen mangelhafter Leistung und schlechter, ungenügender Führung!“

Dabei ist der Betriebsrat schon viel Jahre bei der Reichsbahn beschäftigt und bis jetzt sind keinerlei Klagen über etwaige mangelhafte Leistungen von der Direktion laut geworden. Es ist ganz klar, daß es sich hier um eine offene Verleumdung handelt. Die SPD-Proleten und vor allen Dingen der Betriebsrat, lassen daraus nur die Leuchte stehen, daß auch sie nicht über der Entlassungen sind, wenn sie auch nur den kleinsten Versuch gegen den Willen der Unternehmer wagen. Sie sind willkommen, wenn sie für die Direktion den Streikbruch arrangieren, gegen die Kampfparabereitungen der RSD weichen, um alle heutigen Dinge für die Schatzkammer einzubringen. Sie bekommen vom Betriebsrat, wenn sie nicht nach dem Willen der Direktion tun.

Rund um den Erdball

Cohn, Starhemberg & Co.

Die österreichische Heimwehrführerpleite

Ein Nazifürst mit 13 Schlössern — Verspekuliert am Dritten Reich

An der Spitze der österreichischen Heimwehren, die in Österreich das Dritte Reich, entsprechend dem Dritten Reich Hitlers, aufrichten wollen, steht Fürst Rüdiger von Starhemberg. Fürst Rüdiger von Starhemberg ist Besitzer von 13 Schlössern in Oberösterreich. Tausende Bauern sind ihm untertan und leisten ihm Fronarbeiten. Der Fürst gehört zum engsten Kreis Hitlers, hat auch beim Wüchsern Rausch am 9. November eine Rolle gespielt und ist Rassen-Antisemit.



Fürst Starhemberg

Diese Eigenschaften, vielfacher Schlossbesitzer, Freund Hitlers und Rassen-Antisemit, machten ihn dazu geeignet, die Führung der österreichischen Heimwehren in seine Hände zu bekommen. Alle anerkannten, daß gerade er der geeignete Mann ist, Österreich in ein Drittes Reich umzuwandeln. Zur Durchführung solcher Pläne ist Geld notwendig. Die österreichischen Industriearbeiter leisteten für diesen Zweck ziemlich hohe Summen. Aber es reichte nicht. Da wandte sich der Rassen-Antisemit Starhemberg an jüdische Bankiers. Er erzählte ihnen vom Dritten Reich, — und behauptete: Sie öffneten ihre Brieftasche. Besonders der Bankier Josef Cohn aus Brünn glaubte unerschütterlich an das Dritte Reich und räumte dem Heimwehrführer Starhemberg einen sehr hohen Kredit ein.

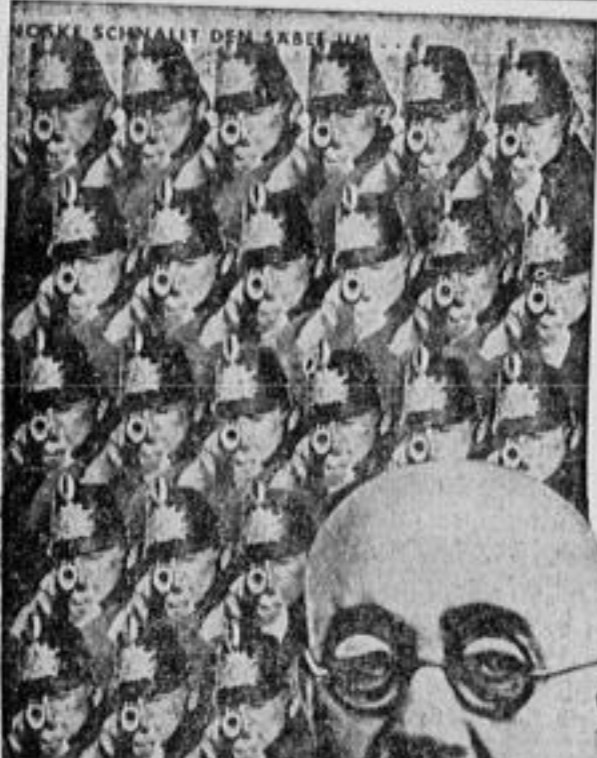
Wieso — wird man fragen — kann ein Jude für das 3. Reich Geld geben? Auf einem Eisenbahnzug war ich unlängst Zeuge folgenden Gesprächs. Ein ausländischer Jude fragte einen reichsdeutschen Juden: Fürchten Sie nicht, Herr Kommerzialrat, daß Hitler bald an die Macht kommen könnte? „Fürchten?“ antwortete der andere — „Im Gegenteil! Wir sind Hitler und seiner Partei zu großem Dank verpflichtet. Wir sind zehn Prozent der Bevölkerung! Wenn Hitler nicht da wäre, wären diese Volkswirtschaften schon längst an der Macht.“ Aber das war nebenbei.

Zur Sache selbst: Herr Josef Cohn aus Brünn und die anderen jüdischen Bankiers glaubten und hofften — wie gefolgt — unerschütterlich auf das 3. Reich und finanzierten die Heimwehrführer, die das 3. Reich errichten sollten.

Im Jahre 1930 kam der Herr Fürst von Starhemberg sogar an die Macht und wurde Innenminister von Österreich. Dies führte dazu, daß die Bauern und Kleinbürger, die früher auf das 3. Reich ihre Hoffnung gesetzt hatten, nun dessen wahres Gesicht erkannten und sich von den Heimwehren abwandten. Die Heimwehr büßte den größten Teil ihrer Kräfte ein und verlor dadurch auch ihre Schlagkraft.

Die österreichische Bourgeoisie erkannte, daß man sich noch eher auf die Sozialfaschisten als auf die Heimwehrführer verlassen könne, und die Geldquellen des Fürsten Starhemberg versiegten. Dadurch geriet der Heimwehrführer Starhemberg in große Not. Nicht weniger als vier Millionen Schilling (etwa 2 1/2 Millionen Mark) hatte er sich von jüdischen Bankleuten Cohn und Konsorten gepumpt. Nun kann er nicht zahlen.

Herr Josef Cohn, der Hauptfinanzier des Dritten Reiches



„Vor mir stehen fast tausend stabilisiert trainierte Männer, ausgerüstet mit guten Waffen, geschult für den Kampf. Aus tausend Geschützen, in die heute jeder schiessen kann, der von gewalttätiger Mordlust erfüllt ist, kann nicht nur geschossen werden, sondern die Kugeln treffen auch.“ (Nöcker am 9. 3. 1902. Aus der „AIZ.“)

und die anderen jüdischen Bankdirektoren präsentieren jetzt dem Heimwehrführer Starhemberg die auf das Dritte Reich ausgestellten Wechsel und fordern deren Einlösung. Starhemberg aber kann nicht zahlen. Und die Verhängung des Konkurses über Starhembergs Drittes Reich ist nur mehr eine Frage von Tagen. Cohn, Starhemberg und Co. haben sich also am Dritten Reich verspekuliert, denn . . . sie waren der Konkurrenz des Sozialfaschismus, Marxe Otto Bauer, nicht gewachsen . . . Leo W.

Ein Flugzeug ohne Tragflächen

Madrid, 30. März. Der spanische Ingenieur und Erfinder des Windmühlenflugzeugs, de la Cierva, hat in letzter Zeit auf dem Flugplatz in Hambro-Bants Verläufe mit einem neuen Tragflächen- und schwingelosen Flugzeug ausgeführt, das jedoch ebenso wie die früheren Typen mit Windmühlenspielen ausgerüstet ist. Diese neue Maschine hat etwa die Form eines liegenden Torpedos. Das Flugzeug, das nach der Behauptung beteiligter Fachkreise in einhalb Jahren bis zur handelsmäßigen Herstellung weiterentwickelt sein wird, soll eine Reisegeschwindigkeit von 450 bis 650 Stundenkilometern erreichen können und abzurufen sein. Die Hubdrehung wird einzig und allein durch die Windmühlenspielen ausgeführt.

Furchtbares Sprengungslud

Bukarest, 30. März. In Killoshaja (Rumänien) war eine Pionierabteilung damit beschäftigt, Einblöde des Maros-Kusses mit Dynamit zu sprengen, um eine drohende Hochwassergefahr abzuwenden. Durch die Unvorsichtigkeit eines Korporals explodierte dabei eine Patrone vorzeitig, was zur Folge hatte, daß mehr als 100 Kilogramm Dynamit in die Luft flogen. Die Gewalt der Explosion war so furchtbar, daß der Korporal in Stücke gerissen wurde und zwei Soldaten tödliche Verletzungen erlitten. Vier andere Pioniere wurden durch umherfliegende Splitter schwer verletzt. Zwei von ihnen schweben in Lebensgefahr.

Am Hakenkreuz trepiert

München, 30. März. In der bayerischen Ortschaft Egentricht mußte die letzte Kuh eines Bauern notgeschlachtet werden, da sie infolge eines verchludten Fremdkörpers einzugehen drohte. Bei der Schlachtung wurde im Magen der Kuh ein Hakenkreuz gefunden, das das Tier verchludt hatte. Die Nadel an dem Abzeichen hatte der Kuh die Magenwand durchstochen.

Die ganze Familie ausgerottet

Im Wahnsinnsanfall

Drontheim, 30. März. Ein furchtbares Familiendrama ereignet sich heute morgen in Drontheim. Ein 21jähriger Mann starb, vermutlich in einem Anfall von Wahnsinn, im Alter von vier bis zwanzig Jahren, und seine fünf Geschwister legte dann Feuer an das Wohnhaus und benachbarte Feuerwehre und Polizei. Begreift in den letzten Tagen waren bei dem Täter Anzeichen von tiefer innerer Verwirrung zu bemerken.

Hierzu werden folgende Einzelheiten bekannt: Die Familie hatte gerade das Morgensbüßchen eingenommen und wollte an die Arbeit begeben, als ganz plötzlich ein Schrei aus dem Hause ertönte. Der Vater und Mutter und seine fünf Geschwister, Johann seine Brüder und Schwestern im Alter von vier bis zwanzig Jahren nieder. Die Unglücklichen hatten nur wenig Zeit, sich zur Wehr zu setzen, da der in einem Anfall von Sinnesverwirrung handelnde Bauerndiener wie ein nach die rettende Tür erreichen konnten. Eltern und Geschwister des Wahnsinnigen blieben auf der Stelle tot, da ihnen auch die ungeheure Wucht der Schläge der Schüssel völlig egal wurde.

Blatter „rettet“ Gefallene

London, 30. März. Angeklagt ist der 60jährige Herr S. J. Davidson, Rektor von Stiffey in Norfolk, dessen Behauptung der Rettung und Besserung gefallener Soldaten Grundlage war. Eine Fülle von Bescheinigungen, Angenommen von Regimentsärzten, führte aber schließlich zu der Anklage gegen den Pastor. Gewisse Verhältnisse lassen keine Samaritanenarbeit in diesem Licht erscheinen; er soll in einem chinesischen Restaurant ein Mädchen gefügt haben. Es wurde eine ärztliche Untersuchung mit einer Schulpflegerin beobachtet, die nur ein Knieband trug, und er soll mit einem dritten jungen Mädchen nach Paris gereist sein.

Der wohlhabende alte Mann, der auf der Anklagebank bei der Verheiratung ist und vier Kinder hat, erklärt ruhig, daß kein Beschuldiger nichts von seiner Tätigkeit und ihren Ergebnissen verheimlichen würde. Wenn man sich die Rettung gefallener Soldaten zur Aufgabe mache, dann müsse man darauf gefaßt sein, in ungewöhnlichen Situationen zu geraten und, falls notwendig, auch bei Verdacht und die Empörung der Umwelt auf sich zu laden.

Natürlich. Was tut man nicht alles für die „Rettung“ Gefallener? . . .

Der 24jährige Josef Bertram hat in der Hofstra Straße in Böttrop am Ostermontag sein zwei Monate alter Hund tot gefaßt erschossen. Ursache: Unglückliche Familienverhältnisse infolge Arbeitslosigkeit.

Aus Naturwissenschaft und Heilkunde

Hundertjähriger Geburtstag der Rekordspritze

Eine der größten Erfindungen auf dem Gebiete der Heilkunde

In dem großen Trudel, den die Feiern der verschiedenen medizinischen und naturwissenschaftlichen Gesellschaften zu Ehren des von ihnen völlig zu Unrecht als naturwissenschaftlich-medizinisches Genie bezeichneten Goethe mit sich brachten, in dem Drum und Dran der Robert-Koch-Feiern ging ein anderer Gedanktag fast unmerklich vorüber. Und doch ist gerade diesem die größte Bedeutung beizumessen. Hat doch die Erfindung der Injektionspritze, die fast auf den Tag heute vor 100 Jahren gefaßt, eine der größten Umwälzungen auf allen Gebieten der Heilkunde bedeutet. Bei der Behandlung der Krankheiten kann man sich die Injektionspritze überhaupt nicht mehr hinwegdenken. Ohne sie sind lebensrettende Operationen, sind alle Eingriffe nicht möglich, wie sie in der inneren Medizin, in der Frauenheilkunde, bei der Vorbeugung aller ansteckenden Erkrankungen, in Krankenhäusern, in der ärztlichen Praxis, am Krankenbett erforderlich sind.

Bekannt im März 1832 der französische Arzt Charles-Gabriel Pravaz sein Instrument zur Einbringung von Arzneimitteln durch die Haut hindurch in die Gewebe angab, waren die Ärzte darauf angewiesen, die ihnen bekannten Heilmittel dem Kranken durch den Mund einzugeben oder, wo dies nicht möglich war, durch Einreibung in die Haut oder als Zäpfchen zu verabfolgen. Ein Bewußtloser, der ja nicht schlafen kann, konnte die für ihn notwendige Arznei nur in der ganz langsam wirkenden Form der Einreibung zugeführt bekommen, wenn man es nicht überhaupt vorzog, ihm seinem Schicksal zu überlassen. Viele der uns heute bekannten lebensrettenden Medikamente wirken überhaupt nur, wenn man sie einspritzt, so z. B. der Kampher.

Besonders die Entwicklung der Chirurgie wurde wesentlich beeinflusst durch die Pravazsche Erfindung der Injektionspritze, die die lokale Betäubung, mit der ja die moderne Chirurgie bei sehr vielen Operationen arbeitet, überhaupt erst möglich machte. Die Einspritzung von Kokainlösungen zur örtlichen Betäubung machte auch in den Fällen, in denen eine Allgemeinnarkose mit schwerer Lebensgefahr verbunden erschien, ausgeübte chirurgische Eingriffe unter völliger Schmerzlosigkeit möglich. Die erste Spritze, die der Subdirektor der orthopädischen

Klinik von Volzy bei Paris verwendete, bestand aus einem Glaszylinder, an dessen beiden Enden Hartgummistücke angebracht waren. Ein lederner Kolben wurde durch eine Metallstange in dem Zylinder hin und her bewegt. Die Spritze eignete sich noch nicht zur genauen Dosierung der Flüssigkeiten. Sie konnte auch nicht steril (keimfrei) gemacht werden, entsprach aber im Prinzip durchaus den Anforderungen der damaligen Zeit, die von Krankheitskeimen, Übertragung der Erreger durch unsaubere Instrumente, von Desinfektion der Hände, des Operationsgebietes und des Instrumentariums noch nichts wußte. Pravaz, der sich hauptsächlich mit den Erkrankungen der großen Herzgefäße beschäftigte, konstruierte die Spritze mit aufschraubbarer Nadel für den Zweck, Einspritzungen in die große Brustschlagader bei einer lebensartigen Erweiterung derselben machen zu können. Er gläubte nämlich durch Eisenchlorid, dessen blutstillende Eigenschaften er zuerst entdeckte, diese lebensgefährlichen Erweiterungen der Brustschlagader, wie sie gelegentlich im Gefolge einer veralteten Atherosklerose oder einer fortgeschrittenen Arterienverfälschung auftreten, rückgängig machen zu können. Welche Erfolge diese Anwendung seiner Spritze gehabt hat, läßt sich nur vermuten, da Aufzeichnungen darüber nicht vorhanden sind: die Patienten sind meist wenige Minuten nach der Einspritzung gestorben.

Während auf diesem Gebiete die Pravazspritze nur kurze Zeit Unheil anrichten konnte, fand sie zur Einbringung von Arzneimitteln unter die Haut und später in die Blutbahn, in die Form der Röntgenmark und selbst ins Gehirn sehr bald allgemeine Verbreitung. Die modernisierte Pravazspritze, die ganz aus Glas und Metall bestehende, mit einer genauen Gradabteilung versehene Rekordspritze, bedeutet in der Hand des Arztes eine der größten Segnungen, die der lebenden Menschheit je widerfahren sind. In dem Trudel der Goethegedenken haben die deutschen naturwissenschaftler begreiflicherweise vergessen, den kleinen französischen Landarzt Pravaz für seine umwälzende Erfindung der Injektionspritze zu ehren.

Dr. med. Wilhelm Göttsche



Heute Generalappell in Pirna

der KPD, KJVD, RGO, IAH, RH, IB, Freidenker, Sportler und Kampf Bund, 19.30 Uhr, im Volkshaus Weißes Roß. Das Rote Sprachrohr, Berlin, tritt auf. Mitgliedsbücher mitbringen. Zur Deckung der Unkosten 15 und 30 Pf.

Butterjahrpr
Niederlage
Wagelings Kunst
Dein Weg
Führt Dich
Sag's
Schneller
durch
Amazigen
Briefbogen
Rechnungen
Mittellungen
Briefumschläge
Geschäfts- und
Besuchskarten
Familien-
drucksachen
Neudrag
Güterbahnhofstr.
Bei Einkäufen
bevorzugt

